dispositio & opinio

Zeitschrift für Diskurs und Meinung

CALL FOR PAPERS

Putins größter Moment? Die Krimkrise aus europäischer und russischer Perspektive



Christoph Nuhs
»Die offiziellen, russischen Kanäle offenbaren gemäßigte Nachrichten.«



Lukas Kamps
»Die Ukrainekrise beinhaltet erneut Gedankengut aus Zeiten des Kalten Krieges.«



Oliver Gobert; Lisa-Marie Mahler
Das transatlantische Freihandelsabkommen



Joshua Bung
Die Angst der Deutschen vor dem Mindestlohn



Lukas Mengelkamp
Die Kissinger-Professur an der Universität Bonn



Nadia Siebigteroth
Was würde ... John Rawls sagen?

DOP im Web

Ausgabe 1 – Erscheinungsdatum: 21.05.2014 – Preis 0 Euro

Editorial

»Es ist schwieriger, eine vorgefasste
Meinung zu zertrümmern als ein Atom.«
— Albert Einstein



Liebe Leser, wir freuen uns, euch hiermit unsere erste Ausgabe von dispositio & opinio vorstellen zu dürfen. Seit der Geburt der Zeitschrift im November 2013 bis heute war es ein langer Weg. Zunächst mussten ein Konzept erdacht, ein Layout erstellt und Autoren gefunden werden. Umso erfreulicher ist es, dass sich viele Autoren begeistert von der Idee an Artikel gesetzt haben, die wir euch hier nun vorlegen können.

Wir möchten uns bei Allen bedanken, die uns von der Idee bis zur Fertigstellung der Zeitschrift begleitet haben. Insbesondere gilt unser Dank allen Autoren, ohne die diese Zeitschrift nie Wirklichkeit geworden wäre.

Insgesamt füllen dreizehn Artikel diese Ausgabe. Das Spektrum der Themen reicht dabei von der immer noch aktuellen Krimkrise/Ukrainekrise bishin zu zeitlosen und philosophischen Themen wie Gott. Die Artikel haben uns mit ihrem Tiefgang sehr beeindruckt. Sie informieren über bislang unbeleuchtete Aspekte bekannter Themen, polemisieren aber auch durch ihre durchaus kritische Haltung.

Und genau das ist unser Konzept: Wir wollen inhaltlich fundierte Artikel, die Themen betrachten, hinterfragen und kritisieren und dann mit euch zusammen diskutieren! Diese erste Ausgabe legt den Grundstein dafür.

Wir hoffen, dass ihr euch von den Artikeln und unserem Konzept angesprochen fühlt und mit uns die Zeitschrift weiterführt.

Euch fehlt ein Thema in dieser Zeitschrift, das ihr gerne thematisieren würdet? Dann schickt uns euere Artikel dazu! Ihr stimmt mit den Standpunkten unserer Autoren nicht überein? Dann bieten wir euch hier die Chance, direkt auf die Artikel dieser Zeitschrift zu antworten und andere Perspektiven einzubringen. Fangt an zu schreiben und schickt uns einen Gegenartikel. Beginnt mit uns den Diskurs.

Denn eure Meinung zählt.

Bonn, den 20.05.2014 — Julius Lübbersmann & Hendrik Erz

Inhalt

Call for Papers: Die Krimkrise



8 Lukas Kamps
Wie eine Unabhängigkeitserklärung den Kalten Krieg wieder aufleben lässt

11 Christoph Nuhs
Eine Propaganda-Matroschka?

14 Hendrik Erz
»Si vis pacem, para bellum«

Politik und Ökonomie



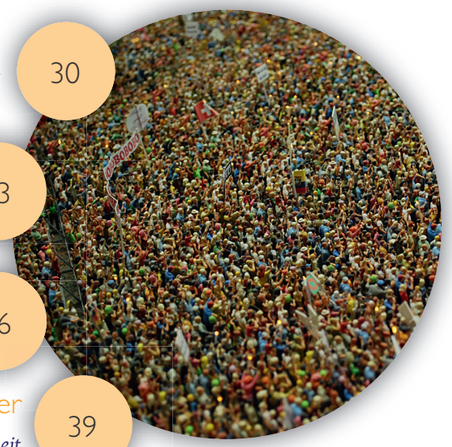
20 Oliver Gobert; Lisa-Marie Mahler
Das transatlantische Freihandelsabkommen

22 Joshua Bung
Die Angst der Deutschen vor dem Mindestlohn

24 Julius Lübbersmann
Das diffuse deutsche Demokratieverständnis

26 Tim Niendorf
Das Buhlen um politische Deutungshoheit

Gesellschaft



Lukas Mengelkamp 30
Die Kissinger-Professur an der Universität Bonn

Jonas Wagemann 33
Von neuen »Montagsdemos«, Ken Jebson und unkritischer Presse

Julian von Mach 36
Im Namen des Volkes

Marcel Overrödder 39
Der Kampf um die mediale Deutungshoheit

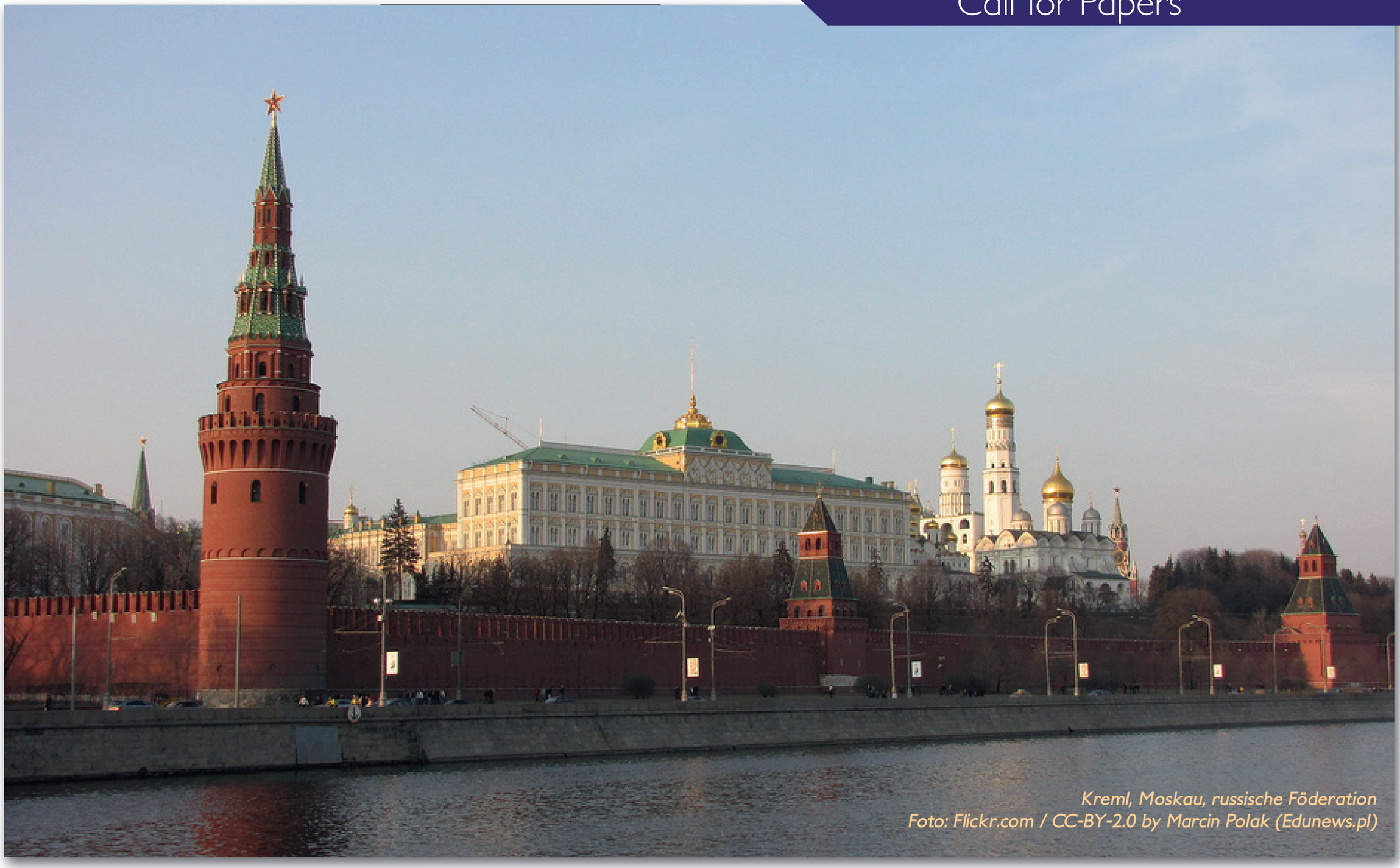
Philosophie



Aron Schwertner 44
Gott – eine Schöpfung des Menschen

Nadia Siebigteroth 46
Was würde John Rawls sagen?

Call for Papers



Kreml, Moskau, russische Föderation
Foto: Flickr.com / CC-BY-2.0 by Marcin Polak (Edunews.pl)



Wie eine Unabhängigkeitserklärung den Kalten Krieg wieder aufleben lässt

In den letzten beiden Monaten ist es durch die Absetzung Wiktor Janukowytschs seitens der prowestlichen Demonstranten auf dem Euromaidan und der anschließenden einseitigen Abspaltung der Krim zu großen diplomatischen Verwerfungen zwischen West und Ost gekommen. Lukas Kamps über die internationale Ebene der Ukrainekrise.

Eine Analyse von Lukas Kamps

Um das Verhalten Russlands und allen voran Putins zu verstehen muss man mehrere Komponenten, die hier ihren Höhepunkt erreichen, beachten. Denn die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Krim und Missachtung völkerrechtlicher Regeln durch ihren Anschluss an Russland ist die Antwort auf den vorgeworfenen, jedoch nicht nachprüfbaren Wortbruch durch den Westen im Zusammenhang der 4+2-Verträge zur deutschen Wiedervereinigung. Der damalige Außenminister Genscher soll Gorbatschow mündlich versichert haben, dass es zu keiner Osterweiterung der NATO kommt. Zum jetzigen Zeitpunkt sind alle ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts Mitglieder in der NATO. Für die ehemalige Supermacht Russland eine große Erniedrigung.

Die Eskalation der innenpolitischen Krise der Ukraine ist der Versuch Russlands, zu verhindern, dass auch sie ein NATO-Mitglied wird. Vor dem Sturz Janukowytschs war die Ukraine im Einflussbereich Russlands. Sein Sturz drohte, diesen Einfluss zu mindern und als klar wurde, dass Janukowytsch nicht zu halten ist, hat Putin durch das Ausspielen der nationalen Karte den Zugang zum Schwarzen Meer gewahrt. Diese gewollte Eskalation war ein Spiel auf Messers Schneide, denn hätte sich die neue ukrainische Führung zu sehr provoziert gefühlt, hätte es zu einem Krieg kommen können. Die illegale Entsendung von Truppen konnte nur glücken, weil sich die ukrainische Führung innerlich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnte und damit keine eindeutigen Befehle an die ukrainischen Soldaten auf der Krim ausgegeben worden sind.

Ein Blick in die Vergangenheit

Um die nationalistische Politik Russlands zu verstehen, muss man sich die Geschichte der Krim genauer anschauen. Sie ist geprägt von wechselnden Herrschern und einem langen Konflikt zwischen dem Osmanischen Reich und Russland. Die Bevölkerung hat sich bis zum Anschluss an Russland im März 2014 durch eine Heterogenität ausgezeichnet, die durch diesen Konflikt in der Geschichte noch mitgeprägt ist. Die Krimtataren (12,1%) mit ihrem muslimischen Glauben können als die Nachfahren der Osmanen betrachtet werden. Für sich bedeutet der erneute Anschluss an Russland eine Gefahr wieder vertrieben zu werden, wie bereits unter Stalin. Die Ukrainer (24,4%) stellen die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe neben den Russen (58,5%) dar. Obwohl Ukrainer und die Krimtataren vermutlich mehrheitlich gegen den Anschluss Russlands sind, gab es bei dem Referendum zur Unabhängigkeit der Krim eine Zustimmung von 96,77% bei einer Wahlbeteiligung von 83,1%. Das würde bedeuten, dass die meisten Ukrainer für den Anschluss gestimmt hätten.

Die Garantie einer freien und korrekten Wahl zum Referendum konnte nicht eingehalten werden, da wiederholt OSZE Beobachter von Soldaten ohne Abzeichen daran gehindert wurden, auf das Gebiet der Krim zu gelangen. Trotz wiederholten Protests seitens des Westens gegenüber Russlands wurde nichts an der Situation geändert. Angesichts der ethnischen Zugehörigkeit kann dieses Ergebnis stark angezweifelt werden, denn es würde bedeuten, dass ein großer Teil der Ukrainer und Krimtataren für die Unabhängigkeit gestimmt hätten, was wohl kaum der Fall ist. Die Reaktionen der EU und der USA waren sehr einstimmig. Sie bezeichneten das Referendum als nicht rechtens, wie beispielsweise von EU Ratspräsident Herman Van Rompuy und EU Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso erklärt wurde.

Das europäische Dilemma

Das Verhalten Russlands und die Kommentare der Russischen Politiker lassen alte Ängste der Osteuropäischen Staaten wach werden, die sie an die Zeit der Besatzung durch die Sowjetunion im Kalten Krieg erinnern. Für sich gilt es nun, die Ukraine schnell in die NATO zu integrieren, um der Gefahr einer möglichen Besetzung durch Russland vorwegzugreifen. Hier zeigt sich jedoch das Dilemma der Politik in der EU. Die östlichen Mitgliedsstaaten wie Polen und die baltischen Staaten wollen eine härtere Gangart gegenüber Russland und die stärkere Anbindung der Ukraine an die EU. Die westlicheren Staaten wie Deutschland, Frankreich und England sind weiter an einer diplomatischen Einbeziehung Russlands in diesen Prozess interessiert und wollen Russland durch eine Aufnahme der Ukraine in die NATO nicht vor den Kopf stoßen und die Gespräche damit torpedieren.

Diese Uneinigkeit seitens der EU hat Russland zum Anschluss der Krim an die russische Föderation ausgenutzt. Russlands Politik hat der EU gezeigt, dass ohne Russland die innenpolitischen Probleme der Ukraine nicht gelöst werden können. Einerseits hat sich Russland außenpolitisch isoliert, aber andererseits in der Ukrainefrage wieder ins Spiel gebracht, bezüglich der Probleme in der Ost-Ukraine. Mit Anschluss der Krim an Russland zeigt sich ein weiteres Problem des Westens gegenüber Russland. Sein Drohpotenzial gegenüber Putin ist relativ gering, denn die Möglichkeiten zur Sanktionierung Russlands sind zwar vorhanden, jedoch muss umgekehrt damit gerechnet werden, dass Russland den Gashahn zudreht. Davon ist Europa so abhängig wie nie zuvor. Deutschland bezieht 38% seines Gases aus Russland. Würde dieses Gas ausbleiben, dann käme es zu großen Schwierigkeiten.

Wege aus der Krise

Trotz des Drohpotenzials hat die Geschichte gezeigt, dass selbst in Zeiten des Kalten Kriegs die Sowjetunion ihre Gas und Öllieferungen in den Westen nicht unterbrochen hat, wenn es zu diplomatischen Verwerfungen kam. Russland steckt hier selber in der Zwickmühle, weil der Russische Staatshaushalt im erheblichen Maße davon abhängig ist, dass das Gas und Öl in die Welt verkauft werden. Der Staat hat es nämlich versäumt in der postsowjetischen Zeit eine wirtschaftliche Alternative zu der Ressourcenförderung zu schaffen. Mit der Lieferung von Gas an die ehemaligen Sowjetrepubliken gab es für Russland immer ein wirtschaftliches Einflusspotenzial auf die Führungen des jeweiligen Landes. Zuletzt konnte man diese Methode im Zuge des Abbrechens des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU unter dem gestürzten Präsidenten Janukowytsch im November 2013 beobachten, bei der auch mit höheren Gaspreisen gedroht wurde. Diese Drohung wurde im Zuge des Sturzes Janukowytschs wahr gemacht durch eine Angleichung des Gaspreises an den üblichen Preis. Diese Angleichung wird zu deutlichen Schieflagen im Haushalt der Ukraine führen und macht die Abhängigkeit noch deutlicher. Neue Wege sind hier für die Ukraine gefordert, um sich aus dieser Umklammerung zu befreien.

Ein weiterer, aus europäischer Sicht wichtiger Faktor zur staatlichen Integrität der Ukraine, ist die Möglichkeit des Abbaus von Zöllen und anderen wirtschaftlichen Hemmnissen zum besseren Verkauf von Waren. Die Ukraine hat einen riesigen Nachholbedarf an Konsumgütern gegenüber den westlichen Staaten der EU, was einen großen Markt für die hier ansässigen Unternehmen bedeutet. Es mag ein bisschen zynisch klingen, zu sagen, dass die EU an der weiteren staatlichen Integrität der Ukraine interessiert ist, um die Gewinne der hier ansässigen Unternehmen zu steigern, jedoch ist der Lobbyismus in Brüssel ein offenes Geheimnis. Das Assoziierungsabkommen, welches erst abgelehnt wurde, beinhaltete den weiteren Abbau von Zollschranken und Hemmnissen zum Warenaustausch. Die Abkehr vom Abkommen und Anbindung an Russland hätte bedeutet, dass die Unternehmen aus den anderen EU-Staaten mit wirtschaftlichen Nachteilen gegenüber russischen Firmen zu kämpfen hätten. Nun soll dieser Blick auf die wirtschaftliche Seite des Konflikts nicht dazu verleiten, zu denken, dass die EU nur von wirtschaftlichen Interessen getrieben ist. Jedoch sollte man diesen Gedankengang im Hinterkopf behalten.

Für die EU wird es wichtig sein, ein Druckmittel zu finden, um Russland und allen voran Putin glaubhaft in die Schranken zu weisen. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, wird es schwer sein, Russland daran zu hindern, ehemalige Sowjetrepubliken zu destabilisieren und möglicherweise zum Teil zu besetzen. Sie muss sich auch als Garant der Interessen der östlichen Staaten der EU beweisen und glaubhaft machen, dass sie voll und ganz für diese Staaten einsteht. Es ist fraglich, ob man Putin durch Machtdemonstration und energisches Auftreten beeindrucken kann um ihn zum Einlenken zu bewegen. Diese Haltung kann

man sehr deutlich an den Reaktionen auf die Drohgebärden der USA und NATO erkennen, die zu keiner Änderung des Kurses geführt haben.

Eine Möglichkeit wäre die Kombination aus Sanktionen und wirtschaftlichem Kapitalabfluss. Ein Land wie Russland ist stark davon abhängig, dass andere Staaten ihre Ressourcen kaufen. Wenn man hier Alternativen schaffen könnte, so wäre Russland schnell isoliert und hätte große wirtschaftliche Probleme. Um wirklich eine Veränderung zu erreichen, muss man den Leuten sprichwörtlich ans Portemonnaie gehen. Denn ohne Geld kann es seine politische und militärische Macht nicht aufrechterhalten. Dieser Schritt wäre jedoch mit eigenen wirtschaftlichen Einbußen verbunden und es wäre ein gewagter Schritt für die Politiker, diesen Weg zu gehen.

Es wird sich zeigen, welchen Weg die westliche Gemeinschaft gegenüber Russland einschlägt. Die Krise in der Ost-Ukraine beinhaltet wieder viel Kalter Krieg Denken und lässt nicht gerade auf eine Entspannung hoffen. Die Gefahr in altes Lagerdenken zu verfallen ist zurzeit sehr hoch und sollte möglichst vermieden werden, denn das Resultat kennen wir noch zu gut aus jüngster Vergangenheit. Es endet in Jahrzehnten voller Stillstand für Europa und die Welt. Fakt ist: Sowohl der Westen, als auch Russland können nicht wirklich ohne den jeweils Anderen bestehen. Das sollte bei allem Säbelrasseln zurzeit jedem bewusst sein.

» *Lukas Kamps studiert Politikwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen im 2. Semester. Davor lagen vier Semester BWL-Studium.!*

Weiterführende Links

- http://www.tagesschau.de/ausland/dossier-ukraine-krim100.html
- http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-sind-sanktionen-gegen-russland-effektiv-a-956765.html
- http://de.wikipedia.org/wiki/Krim



Eine Propaganda-Matroschka?

Dass die russischen Medien gleichgeschaltet sind, scheint für viele westliche Beobachter logisch. Dass die russischen Medien aber nicht nur die Meinung der Regierung verbreiten, sondern auch gemäßigte Meinungen vertreten, analysiert Christoph Nuhs.

Eine Analyse von Christoph Nuhs

Spätestens mit Beginn der Krim-Krise und den immer komplexer werdenden Konfliktsituationen in der Ukraine stellt sich nicht nur die Frage nach der Neutralität der hiesigen Medienberichterstattung über Russland, sondern auch die Frage nach der Haltung der russischen Medienlandschaft.

Gerade in den letzten Wochen ist die deutsche Presselandschaft wegen ihrer Einseitigkeit und polemisierenden Aussagen gescholten worden. So betonte die Dozentin für Journalistik Gabriele Krone-Schmalz in einem NDR-Interview, die deutsche Berichterstattung würde der russischen Realität nicht gerecht werden, auch wenn es viel zu kritisieren gebe.[1] Doch wie genau sieht diese »russische Realität« aus Sicht von russischen Journalisten aus?

Bevor sich dieser Artikel allerdings dieser Fragestellung widmet, wird er einen kurzen Abriss über die Rolle und Funktion der Medien in Russland im Allgemeinen geben, damit die aktuellen Ereignisse vor dem Hintergrund ihrer geschichtlichen Voraussetzungen besser verstanden werden können.

Russische Medien in staatlicher Hand

Zu den größten Medienunternehmen in Russland zählt zum einen die staatliche »Allrussische staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft« (kurz WGTRK) und zum anderen das ebenfalls mehrheitlich unter staatlicher Verwaltung befindende Unternehmen »Gazprom-Media«.[2] Daneben gibt es noch einige kleinere Subkonzerne, die teils von staatlicher und teils von privater Hand geführt werden. Dabei sollte allerdings bedacht werden, dass viele dieser Privatkonzerne unter dem Einflussbereich von Oligarchen oder regierungsnahen Organisationen stehen und somit nicht als unabhängig bezeichnet werden können.

Darüber hinaus existiert in Russland mit der »ROSKOMNADZOR« seit Dezember 2008 eine eigene Aufsichtsbehörde für Massenmedien. Laut eigenen Angaben, die aus ihrer Internetpräsenz entnommen worden sind, soll sie die Rechte der Bürger schützen. Dadurch legitimiert sie ihre Macht um unter anderem Internetseiten sperren zu lassen.[3]

Insgesamt scheint die Neutralität der Medien unserer Vorstellung zufolge also nicht gewährleistet zu sein. Das Auswärtige Amt schreibt dazu, dass vor allem die »Fernsehkanäle, die für den Großteil der Bevölkerung die Hauptinformationsquelle darstellen« vom Staat kontrolliert werden würden.[4] Diese Abhängigkeit der Medien verhält sich allerdings konträr zur russischen Verfassung, die in Kapitel 2, Absatz 29 die Meinungsfreiheit garantieren soll. Die Bundeszentrale für politische Bildung erklärt in diesem Zusammenhang, die Garantien, welche die russische Verfassung untermauern würden, seien nur Schein. Es gebe keinen »landesweit ausstrahlenden Sender, der staatsunabhängig ist und regierungskritisch berichtet.«[5]

Subjektive oder Manipulative Stilistik

Blickt man vor diesem Hintergrund auf die russische Berichterstattung der letzten Wochen, so scheint es nicht zu verwundern, dass der überwiegende Anteil der russischen Berichterstattung aus der komplexen Konfliktsituation zumindest laut Spiegel-Redakteur Christoph Titz einer klaren »Schwarz-Weiß-Malerei« folgt.[6] Um ein konkretes Beispiel zu nennen, entnehme ich ein Exempel aus dem Spiegel Artikel: So gebe es zu einer Meldung vom 02. März 2014, in der von der Suche nach russischer Zuflucht von über 675.000 ukrainischen Flüchtlingen die Rede ist, beispielsweise keine Belege, nähere Angaben, Nachweise oder Fotos.

Interessant ist hierbei auch die Quelle der Nachricht, welche der Bezugspunkt für die meisten russischen Meldungen darstellt. Denn die RIA Novosti ist eine russische Nachrichtenagentur, die zur WGTRK (!) gehört und somit auch unter staatlicher Kontrolle steht.[7] Behält man dies im Hinterkopf ist es auch

nicht verwunderlich, dass viele aktuelle Nachrichten Russlands Rolle in der Ukraine-Krise aufwerten und somit tendenziöse Richtungen vorgeben. In einem Artikel vom 04. April 2014 heißt es beispielsweise, Russlands Präsident Wladimir Putin stelle sich erfolgreich als Verteidiger der russischen Interessen in der Welt dar.[8]

Auch die Wortwahl gestaltet sich hierbei lesenswert. In einem Artikel über die deutsch-russischen Beziehungen machen die Journalisten mit einem subtilen Schreibstil die Bundesregierung für eine Verschlechterung der Kooperationen verantwortlich. So würden Russland-Fürsprecher »gemobbt« und die Bundesregierung würde die »ungesunde Atmosphäre leider« durch antirussische Sanktionen bedrohen.[9]

Doch angesichts der Tatsache, dass die Reporter unseren Landes (insbesondere die der öffentlich-rechtlichen Anstalten) ebenso wertend berichten, relativiert sich die harsche Kritik an ihren russischen Kollegen. So sehen es zumindest einige Kommentatoren der jeweiligen Mediendienstleister. Zu sehen ist dies unter anderem an einem Artikel des Deutschlandfunks, in dem auf die Reaktionen der Leser bezüglich der tendenziösen Berichterstattung Bezug genommen wird.[10]

Überraschend gemäßigt

Generell ist aber von einer oft beschriebenen aggressiven oder drohenden Nachrichtenberichterstattung nicht viel zu lesen. Zwar wird in den Meldungen und Beiträgen häufig eine klare Trennung zwischen dem Westen und Russland selbst aufgemacht, klare Anfeindungen oder eindeutig kriegstreibende Propaganda konnte ich bisweilen noch nicht erkennen. Viel interessanter wirkt auf mich allerdings die Manipulation objektiver Nachrichten durch Meldungsselektion und geschickter Anwendung Subjektivismus durchscheinende Wortwahl, wie sie in der oben zitierten Meldung der russischen Nachrichtenagentur beispielsweise aufgetaucht ist. Darüber hinaus erscheint in Hinblick auf die andauernden Spannungen auf der Krim und der Ukraine besonders die Aufstachelung der Bevölkerung gegen angeblich russlandfeindliche Kräfte durch die mediale Überrepräsentation Patriotismus erzeugender Programme bedeutsam. Laut Angaben der Süddeutschen Zeitung sieht nämlich ein Großteil der Russen bei Sendungen zur Lage in der Ukraine entweder Angst induzierende Bilder von chaotischen Zuständen in der Ukrainer oder Menschen, denen es durch die russischen Interventionen auf der Krim besser gehe, als jemals zuvor.[11]

Da ich aber nicht der russischen Sprache mächtig bin, begebe ich mich mit all diesen Angaben natürlich auf ein zweischneidiges Schwert. Schließlich kann ich aus den über 66.000 Medien nur sporadisch einige auswählen. Zwar kann ich die zitierten Medien gezielt recherchieren, dennoch sind sie natürlich durch die hiesigen Journalisten bereits selektiert worden. Nichtsdestotrotz erzeugt die russische Medienlandschaft, allen voran die großen Staatsmedien, auf mich einen überraschenden Eindruck. Zumindest die offiziellen Kanäle offenbaren zum überwiegenden Teil (!) eher gemäßigte, als einen polemisierend reißerische Nachrichten. Nur kritische Stimmen, die auch andere Perspektiven auf Geschehnisse eröffnen könnten, die hört man nicht.[12]

» *Christoph Nuhs studiert allgemeine und vergleichende Literatur- und Kulturwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 6. Semester. Er ist zudem selbstständiger Lektor.*

Fußnoten

1) http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/media/zapp7411.html
2) Die offizielle Internetpräsenz des Föderalen Dienstes für die Aufsicht im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation: http://rkn.gov.ru/eng/
3) http://www.auswaertiges-amt.de/sid _ 6F655FABE95A45F8C2E7F2AD8B03A613/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/RussischeFoederation/Innenpolitik _ node.html#doc363648bodyText7
4) http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47996/medien?p=all
5) http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-in-russischen-medien-der-westen-wird-enttaeuscht-sein-a-956491.html
6) http://de.ria.ru/
7) http://ria.ru/world/20140424/1005229612.html
8) http://de.ria.ru/zeitungen/20140425/268357157.html
9) http://www.deutschlandfunk.de/russland-berichterstattung-hoerer-kritisieren-den-dlf.1773.de.html?dram:article _ id=280271
10) http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krise-in-russischen-medien-chaos-in-endlosschleife-1.1938383-2
11) Das bedeutet hingegen nicht, dass die Lage der unabhängigen Journalisten, Bloggern und sonstigen regierungskritischen Stimmen, gut oder sogar positiv zu bewerten wäre. Dies wird nicht nur durch den Platz 148 von 178 auf der Rangliste zur Pressefreiheit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ von 2014 deutlich. Auch die jährlich gemeldeten Zahlen zu getöteten und verfolgten Journalisten geben Anlass zur höchsten Besorgnis. Die Presse darf nicht in der Hand staatlicher Hand bleiben, die jegliche Form von Kritik zensieren kann, selbst wenn die Manipulation der Medien oftmals subtil und unterschwellig verbreitet wird.



»Si vis pacem, para bellum«

An der deutschen Berichterstattung über die Krimkrise ist viel Kritik geübt worden. Auch Hendrik Erz kritisiert das Verhalten der »Leitmedien« während der Krimkrise als unprofessionell. Dennoch sieht er in der Kritik vieler Journalisten daran auch einen Hoffnungsschimmer für den deutschen Journalismus.

Eine Analyse von Hendrik Erz

Ein Wort zu Beginn: Diesen Artikel musste ich aufgrund der schnellen Veränderung der Sachlage mehrfach neu schreiben. Als die Krim am 16. März mit einem beinahe einstimmigen Ergebnis für die Wiedervereinigung mit Russland stimmte, schrieb ich wenige Tage später eine erste Version des Artikels, deren Kern mittlerweile nur noch den Mittelteil ausmacht. Dort verurteile ich scharf die – nicht nur meiner Ansicht nach[1] tatsächlich – einseitige Berichterstattung innerhalb verschiedenster Medien. Doch seitdem das Referendum abgehalten war, hat sich deren Fokus allmählich positiv verändert. Nach einigen Modifikationen entschloss ich mich also, den Artikel neu zu schreiben, da die Kritik an der Berichterstattung ohne die spätere Gegenbewegung unvollständig wäre.

Betrachtet man die mediale Aufbereitung der Ereignisse in der Ukraine mit einigem Abstand, so lassen sich zwei Phasen deutlich voneinander unterscheiden. In einer ersten Phase, die vom Beginn der Maidanunruhen bis hin zur Abspaltung der Krim und anschließende Angliederung an Russland reicht, muss das Vorgehen vieler Medien sehr kritisch betrachtet werden. Anschließend aber folgte – zumindest in deutschen Medien – eine kritische Selbstreflexion der Berichterstattung, welche die zweite Phase dominiert. Ich möchte beginnen mit der ersten Phase und die Ereignisse seit Beginn der Unruhen noch einmal rezitieren.

Phase I: Maidan bis Krim

Charakteristisch für diese erste Phase ist eine undifferenzierte Berichterstattung zu den Ereignissen auf der Krim. Mit beängstigender Schärfe lässt sich genauestens nachzeichnen, wie die Sympathie der genannten Medien von zunächst den Demonstranten auf dem Maidan zur Übergangsregierung der Ukraine und schließlich zur NATO respektive Europa und den USA wanderte. Das ist ein diffuses Ding – weder Meinung, noch Neutralität. Man richtete zwar einerseits relativ objektiv den Blick immer wieder auf den aktuell wichtigsten Akteur. Andererseits aber unterstützte man das Vorhaben des jeweiligen Akteurs immer wieder mit einem an Verblendung grenzendem Stolz.

Der Tag Null wurde gekennzeichnet durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Ukraine unter Präsident Janukowitsch und der EU über das geplante Assoziierungsabkommen am 21. November 2013. Janukowitsch begründete das Dekret damit, die Ukraine sei noch nicht bereit für die Unterzeichnung. In der Folgezeit verständigte er sich dagegen wieder vermehrt mit Russland. Für die EU war dies ein eindeutiges Zeichen – und auch für die prowestliche Bevölkerungsminderheit in der Ukraine. Diese sah sich verständlicherweise herb enttäuscht und begann, zu protestieren. Hier ist meines Erachtens der erste Fehler zu suchen: Demonstranten sind fast immer eine Minderheit. In den Nachrichten wirkte es jedoch so, als stünde das gesamte Volk hinter den Demonstranten. Und von hieran war die gesamte Berichterstattung jener medialen Akteure unsauber. Die Homogenität der Demonstranten in Bezug auf ihr gemeinsames Ziel wurde weit über die Heterogenität der gesamten Ukraine gestellt.

Zu Beginn der Unruhen in der Ukraine sprach man mit Ehrfurcht von den mutigen Demonstranten, die sich auf dem Maidan dem (zweifellos) korrupten Präsidenten Janukowitsch entgegenstellten.[2] Dass unter den Demonstranten auch eine größere Anzahl an Anhängern der rechtsradikalen Swoboda-Partei war? Egal.[3] Es ging ja um etwas größeres, und dafür schien jedes Mittel recht. Dass fast nur in Kiew von einer Minderheit demonstriert wurde? Keine Erwähnung wert. Wichtig war: Die Demonstranten gingen gegen Diktatur und für Europa auf die Straße. Und das reicht als Legitimation völlig aus.

Dann, nachdem der Präsident in einem nicht ganz lupenreinen Verfahren aus dem Land geworfen wurde und sich die Übergangsregierung kräftig feierte, sogar die ebenfalls nicht ganz lupenreine Julia Timoschenko freikam, war der Jubel groß:[4] Die Ukraine war unabhängig und endlich eine Demokratie! War sie das nicht vorher eigentlich auch schon? Doch zum Feiern blieb wenig Zeit – auf einmal überschlugen sich die Ereignisse.

Direkt nach dem Sturz des unliebsamen Präsidenten regte sich auf der Krim etwas. Plötzlich gingen dort die Menschen auf die Straße, es regte sich paramilitärischer Widerstand gegen die neue Regierung in Kiew und das Parlament erklärte sich formal unabhängig. Es wurde immer schlimmer: Plötzlich sollte noch ein Referendum abgehalten werden, ob die Krim weiter der Ukraine angehören sollte, oder nicht. Der Ausgang des Referendums schien klar – »Nein zur Ukraine!« Seltsam nur, dass in den Medien, die ich verfolgt habe, niemand den Verdacht hat zerstreuen wollen, dass die Nachrichten allesamt so klangen, als hätte irgendeine dubiose Gruppe geplant, dass das Referendum so ausfiel.

Gut – die gläsernen Urnen, von denen das ZDF berichtete, waren wohl das einzig Transparente an der ganzen Geschichte. Allerdings: Vor kurzer Zeit berichtete das ZDF auch von den Präsidentschaftswahlen in Algerien. Auf den Bildern zu sehen: transparente Urnen. Ein Schelm, wer jetzt Böses denkt. Für mich ist dies das eindeutigste Zeichen, dass insbesondere das ZDF, sehr voreingenommen über das Referendum berichtet hat.

Zurück zum Referendum: Mir erschien der Ausgang des Referendums als nicht unwahrscheinlich. Immerhin machen Russen mit 60% den Hauptanteil an der Krim-Bevölkerung aus. Ukrainer hingegen stemmen nur ein Viertel des Anteils. Ist es nicht irgendwo logisch, dass sich Menschen, die sich nicht mit die Nation transzendierenden Gedanken befassen, lieber mit ihrem Herkunftsland als mit dem aktuellen Wohnsitz identifizieren? Nicht zu vergessen, dass in der osteuropäischen Bevölkerung eine andere (nicht schlechtere!) Mentalität vorherrscht, die andere Fixpunkte hat, als die westliche. Auch diese Fakten mussten in den Nachrichten hinter dem (tatsächlichen?) Völkerrechtsbruch auf der Krim zurückstehen.

Wahlfälschung auf der Krim

Allerdings sollte auch erwähnt werden, dass mittlerweile die Zahlen des Referendums stark nach unten korrigiert wurden – anstelle eines fast einstimmigen Ergebnisses bei hoher Wahlbeteiligung war insbesondere die Wahlbeteiligung in Sewastopol mit ca. 30 – 50% wesentlich niedriger. Das »Ja«-Votum allerdings bleibt – auch mit »nur« 50 - 60% – eindeutig.[5]

Der Rest ist Geschichte: Mittlerweile gehört die Krim mehr oder weniger zu Russland und die Unruhen haben sich in die Ostukraine verlagert. Bei Abfassung dieses Artikels Anfang April drehte sich der Diskurs in den Medien hauptsächlich um die Frage: »Wird die Sowjetunion wiederkommen? Wird Putins Machthunger unstillbar sein?« Was ich mir wünschte, war auch ein Diskurs um die Frage: »Wird Europas Machthunger unstillbar sein?« Und zwar in den Medien.[6] In der wissenschaftlichen Literatur ist dieser Diskurs schon Jahrzehnte alt. Ganze Buchbände über Landraub, Postimperialismus und Ökonomie in Entwicklungsländern füllen universitäre Bibliotheken. Aber dafür schien kein Platz zu sein.

Phase II: Selbstreflexion

Und »schien« ist hier genau das richtige Wort. Als das Referendum auf der Krim abgehalten wurde, war ich der festen Überzeugung, viele Medien hätten viel zu subjektiv berichtet. Und das ist auch jetzt noch meine Überzeugung. Allerdings haben mich die über die Krim berichtenden Medien positiv überrascht. Denn den Krimberichten folgte – angestoßen sowohl durch kritische Journalisten wie auch eine starke Rückmeldung seitens der deutschen Bevölkerung – eine Selbstreflexion bezüglich der Frage, warum denn dieser stark prowestliche Einschlag vorherrschte.

In der westlichen Welt ist man gerne der Überzeugung, Journalisten seien unabhängig, überparteilich oder was auch immer sich insbesondere Tageszeitungen gerne unter ihren Namen schreiben. Umso größer dann die Entrüstung, wenn das einmal offenkundig nicht der Fall ist. Sehr gut hat dieses Phänomen Patrick Galey auf seinem Blog beschrieben.[7] Er sagt – völlig richtig – dass auch die russische Berichterstattung wichtig ist. Zwar staatlich kontrolliert, aber eben nicht prowestlich, sondern prorussisch. Und die »richtige« Meinung (die es de facto eh nicht gibt) lässt sich leichter finden, je mehr widersprüchliche Berichte man hat. Und wenn man nur die eine Seite hört ist das schwer.

Den gefühlten Anfang (für mich) machte in Sa-

chen Kritik Jakob Augstein in seiner SPIEGEL-Online-Kolumne. Dort schreibt er:

> *»Im Angesicht eines angenommenen Feindes lernen wir gerade den Unterschied zwischen einem freien und einem unfreien Pressewesen: In Russland werden die Medien von der Regierung gleichgeschaltet, bei uns übernehmen sie das gerne auch mal selbst.«*[8]

Er spricht von einem »Anti-Putin-Populismus«, der in den Medien geführt wird. Die Medien hätten einen Auftrag ausgeführt, ohne ihn bekommen zu haben. Aber nicht nur er übt Kritik. Marco Herack fasst im »Wostkinder-Blog« der FAZ recht anschaulich viele Gegenmeinungen zum herrschenden Diskurs zusammen.[9] So zitiert er beispielsweise Katrin Rönicke, welche, ebenfalls in jenem Blog, die Krimkrise mit der Wiedervereinigung vergleicht und zum Ergebnis kommt, dass die Krim doch tun und lassen könne, was sie wolle.[10] Rönicke stellt sich hier explizit gegen die Theorie vom Völkerrechtsbruch. Diese ersten, kritischen Stimmen, die allmählich aufkamen, gelangten jedoch nicht in den allgemeinen Diskurs. Ein wenig wirkten Augstein, Herack und Rönicke wie Verrückte, die es wagten, dem System zu widersprechen.

Mittlerweile scheinen sie jedoch wie die Vorreiter einer generellen Bewegung, die sich derzeit auftut. Doch es gibt natürlich wie immer auch unsouveräne Reaktionen. Das Medienmagazin Zapp beispielsweise interviewete kürzlich den Ressortleiter »Zeitfunk« beim Deutschlandfunk, Friedbert Meurer. Dieser äußerte sich im fünfzehnminütigen Interview zu den Vorwürfen, die ihm in mehreren Hundert Hörereinsendungen zugetragen worden sind. Er sagt völlig richtig, dass einige Spinner dabei gewesen seien, viel Diffamierendes und viel Beleidigendes. In einem Fall habe der Deutschlandfunk sogar den juristischen Weg gehen müssen. Ebenso richtig sagt er aber auch, dass man sehr wohl den eigenen journalistischen Idealen treu geblieben sei und aus dieser Perspektive richtig gehandelt habe. Man habe eben nicht einseitig berichtet, denn wenn quasi alle Leitmedien der Bundesrepublik das gleiche berichteten, dann müsse da doch wohl etwas dran sein.

Sicher? An diesem Punkt wurde ich stutzig. Und natürlich – er hat völlig recht. In die journalistische Ethik hat sich bereits vor Jahrzehnten ein Stil eingeschlichen, der sich genau mit dem diffusen, was ich oben bereits einmal erwähnt hatte, beschreiben lässt. Während Zeitschriften bis vor mehreren Jahrzehnten ganz offen subjektive Artikel verfasst haben, aus welchen die politische Einstellung und die Ansichten der Redakteure heraus zu lesen waren, versteckt man heutzutage die eigene Meinung nach bestem Gewissen. Blöd nur, wenn man dann mit unbewussten Formulierungen dennoch eine Meinung bildet, selbst wenn man das gar nicht will. Auf genau diese Problematiken geht auch Gabriele Krone-Schmalz, derzeit Professorin für Journalistik, ein. Sie spricht im Zapp-Interview in rund 25 Minuten über die mediale Berichterstattung. Abgeschlossen wird eine meiner Meinung nach abgerundete Zusammenfassung der medialen Selbstreflexion mit einem fünfminütigen Beitrag ebendieses Magazins, in welchem einige Aussagen von Meurer und Schmalz ebenfalls verwendet werden.

Was machen wir nun aus diesen Bemerkungen zur Presse? Zum einen darf unter keinen Umständen der Fehler begangen werden, der Presse generelle Russlandfeindlichkeit zu unterstellen. Neben den genannten »Leitmedien« – ein, wie ich finde, in diesem Zusammenhang passender Begriff – gibt es selbstverständlich noch viele weitere Medien, die ausgewogen berichteten, aber nicht oder nur wenig wahrgenommen wurden. Zum Anderen ist Putin keineswegs ein Heiliger. Was mir in den Nachrichten häufig fehlte, war, wie oben angedeutet, lediglich ein Schuss Kritik auch am westlichen Staatenverband, der mittlerweile aber auch Platz findet.

Si vis pacem, para non bellum.

All die vorhergegangenen Beschreibungen zunächst der Berichterstattung und nachher der Selbstreflexion der Medien zeugen zunächst einmal von einer Medienlandschaft, die sich weit von journalistischen Idealen entfernt hat. Der Journalismus hat bezüglich der Krimkrise auf ganzer Linie versagt. Es wurden antirussische Ressentiments geschürt – wenn es irgendwo in der Ukraine brannte (und auch brennt) waren grundsätzlich russische Soldaten daran beteiligt. Die Interessen anderer Akteure wie Gruppen innerhalb der Ukraine wurden ausgeblendet. Natürlich liegt es in Putins Interesse, die Ostukraine zu destabilisieren. Aber es liegt auch in US-Amerikanischem, Deutschem und dem Interesse der NATO, dass nicht eine einzige Stadt der Ukraine an Russland fällt. Nicht, wo die Ukraine auf dem Weg in die EU gewesen ist.

Zum Anderen zeigt diese Berichterstattung aber auch massiv, wie der Diskurs genau das erst erschafft, um das er sich dreht, wie Foucault sagt. Würden russische Interessen besser beleuchtet, ließe man sich auf fundierte Kritik auch am Vorgehen Europas ein, wäre die »Mär vom irren Iwan« vielleicht gar nicht wiederbelebt worden. Vielleicht wären dann auch ganz schnell die Stimmen verstummt, die sagten, man könne hier einen Vergleich zum Kalten Krieg ziehen. Vielleicht wäre dann auch nicht so klar zutage getreten, wie weit sich viele Medien vom Volk entfernt haben. Denn Umfragen zeigen nicht nur eine große Solidarität der Deutschen mit den zuletzt streikenden Piloten,[11] welche in vielen Zeitschriften teilweise arg herunter geschrieben wurden,[12] sondern auch eine hohe Solidarität mit Putin.[13] Und auch die Medienberichte über die neuerlichen ICBM-Tests durch Russland vermeiden keine Eskalation, sondern schüren Ängste vor einem neuen Kalten Krieg.[14] Offenbar hat hier der Diskurs in den westlichen und russischen Medien bereits genau das Monstrum erschaffen, von dem er handelt. Russland sieht sich zunehmend in Bedrängnis und will eine Stärke demonstrieren, die es gegenüber den vereinten NATO-Staaten nicht hat.

So sind es am Ende nicht nur die Politiker, die sich auf den Krieg vorbereiten. Auch die Medien bereiten das Volk mit reißerischen und gefährlichen Berichten auf den Krieg vor und versetzen es in Stimmung. Auch die Medien bereiten im vermeintlichen Hoffen auf Frieden den Krieg mit vor. Und dabei gibt es keine Unterschiede zwischen BILD- und Zeit-Berichterstattung. Das eingangs erwähnte, römische Sprichwort stammt aus einer Zeit, die seit rund 1.600 Jahren vorbei ist. Heute muss es heißen: *»Si vis pacem, non para bellum«.*

» *Hendrik Erz studiert im 6. Semester Geschichte sowie Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.*

Fußnoten

1) http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/media/zapp7411.html
2) In vielen Beiträgen liest sich zwischen den Zeilen eine recht unkritisch nur die Meinungen von NATO, EU-Politikern und Janukowitsch; siehe: http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-zehntausende-demonstrieren-gegen-janukowitsch-12689571.html sowie http://www.faz.net/aktuell/ukraine-erster-erfolg-fuer-die-opposition-12690638.html.
3) Eindeutig beim SPIEGEL, auf welchem beispielsweise im folgenden Artikel neben westlichen Politikern nur der Vorsitzende der Swoboda-Oartei, Oleg Tjagnibok, zu Wort kommt: http://www.spiegel.de/politik/ausland/revolte-in-der-ukraine-demonstranten-errichten-zeltstadt-in-kiew-a-936681.html.
4) http://www.spiegel.de/politik/ausland/kiew-unter-kontrolle-der-opposition-a-955102.html sowie http://www.abendblatt.de/nachrichten/article125102466/Janukowitsch-abgesetzt-Timoschenko-in-Freiheit.html.
5) http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-putin-wahlfaelschung
6) Lediglich Augstein geht explizit auf diese Frage ein: http://www.spiegel.de/politik/ausland/augstein-kolumne-putin-und-der-westen-in-der-krim-krise-a-960354.html
7) http://patrickgaley.com/2014/03/06/the-rush-to-reject-russia-today/
8) http://www.spiegel.de/politik/ausland/augstein-zur-krim-krise-deutsche-journalisten-berichten-einseitig-a-961623.html
9) http://blogs.faz.net/wost/2014/04/06/die-schlafwandler-deutsche-medien-der-krim-krise-953/
10) http://blogs.faz.net/wost/2014/04/01/annexionen-im-vergleich-krim-vs-ddr-931/
11) http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/april/
12) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/augstein-kolumne-streik-der-lufthansa-piloten-ein-lehrstueck-a-962964.html
13) http://www.neues-deutschland.de/artikel/927899.krim-krise-nato-erwaegt-truppenverlegung.html
14) http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/russland-raketen-test-atomwaffe-ukraine

Politik und Ökonomie





Das transatlantische Freihandelsabkommen

Für viele Diskursteilnehmer sind Dreh- und Angelpunkt des transatlantischen Freihandelsabkommen die mittlerweile berühmten Chlorhühnchen. Dass aber andere Faktoren eine weit bedeutendere Rolle spielen, zeigen die Autoren dieser Analyse auf.

Eine Analyse von Oliver Gobert und Lisa-Marie Mahler

Es sind verheißungsvolle Nachrichten, die uns aus Brüssel erreichen: Wirtschaftswachstum von mehreren Prozenten, Jobwunder und paradiesische Zustände für den Konsumenten. Das seit Juni 2013 zunehmend in den Medien präsente transatlantische Freihandelshandelsabkommen bzw. Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) verspricht nicht nur ein Segen für Nordamerika zu werden, sondern auch ein Glücksfall für Europa und Teile der restlichen Welt.

Doch zunehmend werden auch kritische Stimmen laut. Das Wirtschaftswachstum sei nur marginal, die pro TTIP Studien falsch dargestellt und Profiteure seien alleine die multinationalen Konzerne. Ist diese Kritik vielleicht sogar berechtigt oder nur ein Hirngespinst der ewigen Verschwörungstheoretiker und Globalisierungsgegner? Die geheimen Verhandlungen und die dünne Informationslage geben der Kritik am TTIP auf jeden Fall Rückenwind.

Im Monatsbericht 04/2013 des deutschen Wirtschaftsministeriums wird eine Lanze für das TTIP gebrochen. Das »transatlantische Abkommen verspricht neuen Schwung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt diesseits und jenseits des Atlantiks«[1] schreiben die Ersteller des ministerialen Berichts. »Von einer umfassenden Handelsliberalisierung könnte vor allem auch der deutsche Mittelstand profitieren«[2] heißt es weiter. Und auch die Kanzlerin lobt das geplante Abkommen in den höchsten Tönen: »Ein solches Freihandelsabkommen wäre ein Riesenschritt nach vorne, der auch neue Arbeitsplätze schaffen würde.«[3] Was bei den Ausführungen der Politiker und der Administration fehlt ist eine Thematisierung und die Erklärung des Zustandekommens der konkreten Zahlen und ein transparenter Umgang mit den Vorbehalten der Bevölkerung.

Studie des Ifo-Instituts offenbart Vor- und Nachteile des TTIP

Die zentralen Daten, die den positiven Impuls des Abkommens bestätigen sollen, stammen beinahe ausschließlich aus einer Studie des Ifo-Instituts, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und des Wirtschaftsministeriums erstellt wurde. Doch die dort veröffentlichten Ergebnisse wollen im Gesamten betrachtet nicht so recht zu den weitreichenden Versprechungen der politisch Verantwortlichen passen.

Zunächst ist festzuhalten, dass für die Studie mit Modellen gearbeitet wurde, die darauf angelegt sind, den Erfolg des Abkommens aus einer nachträglichen Sicht beurteilen zu können. Die Wissenschaftler/innen erklären zur Untersuchungsmethode Folgendes: »Unser Ansatz unterscheidet sich von der traditionellen Herangehensweise dadurch, dass sich das umfassende Szenario [...] über die messbare Erfahrung mit ähnlichen Abkommen definiert und nicht über Vermutungen hinsichtlich des politisch vermeintlich Machbaren. Unsere Ergebnisse zeigen daher Potenziale auf, an denen der Erfolg des Abkommens ex post gemessen werden kann.«[4] Die Studie gibt in einem Szenario mit Bezug auf das Jahr 2010 an, dass bei einer umfassenden Liberalisierung die Handelsströme zwischen Deutschland und den USA stark zunähmen – und zwar um satte 93,54 %.[5] Diese Zahl ist hauptsächlich in den Medien präsent, da sie Wohlstand, Arbeitsplätze und Wachstum verspricht.

Aber wie würde sich das TTIP auf traditionelle weitere Handelspartner Deutschlands auswirken? »Die Vorzeichen der Handelseffekte«, so die Verfasser der Studie, »sind [...] im umfassenden Liberalisierungsszenario durchwegs negativ«.[6] Beispielsweise ginge der deutsche Außenhandel mit Großbritannien um 40,91 % zurück, mit Spanien um 33,71 % und mit Italien um 29,45 %[7]. Weitere Einschätzungen der Handelsbeziehungen mit europäischen Staaten verheißen ebenfalls nichts Gutes. Es besteht somit eine realistische Gefahr, dass sich das TTIP auf die innereuropäischen Handelsbeziehungen sehr negativ auswirkt und so die Errungenschaften der europäischen Wirtschaftspolitik revidiert. Ob der Handelszuwachs mit den USA diese Verluste ausgleichen kann, ist fraglich.

Was wird noch verhandelt?

Aber das Abkommen könnte noch deutlich weiter gehen. Auch das Arbeitsrecht, Sozialstandards und Europas liebstes Kind Verbraucherschutz werden sehr wahrscheinlich betroffen sein. Aufgrund der Geheimhaltung der Verhandlungen ist das Ausmaß bisher nur zu erahnen. Verbraucherschutzorganisationen befürchten eine Angleichung der Standards auf ein aus europäischer Sicht niedrigeres Niveau.[8] In Verbindung mit der Garantie für Unternehmen, alle ihre Produkte diesseits und jenseits des Atlantiks auf den Markt bringen zu dürfen, hieße dies, dass zum Beispiel in Chlor desinfizierte Hühnchen auf dem europäischen Markt problemlos verkauft werden könnten. Ein Szenario vor dem sich viele Verbraucher fürchten, was aber im Angesicht des massiven Einsatzes von Antibiotika in deutschen Ställen eines der geringeren Probleme darstellt.

Für die Verbraucher weniger emotional behaftet, aber für die Staaten umso gravierender ist die Aussicht auf Schiedsgerichtsverfahren abseits der gängigen Justiz. Zwar sind Schiedsgerichte keinesfalls undemokratisch und intransparent, wie einige Abkommensgegner behaupten. Vielmehr sind diese Verfahren eine gute Möglichkeit Streitigkeiten zwischen Handelspartnern und Gastland effizient zu lösen. Allerdings wäre die Etablierung eines internationalen Handelsgerichtshofs angesichts der zu erwartenden immensen Streitwerte und möglichen Auswirkungen auf die nationalen Steuerzahler das bessere Mittel der Wahl.

Eine demokratische und bürgernahe Debatte ist erforderlich

Insgesamt verspricht das TTIP eine Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen Europa und Nordamerika. Tendenziell bedeutet dies wahrscheinlich einen Zuwachs an Arbeitsplätzen und womöglich an Wohlstand. Die Belastbarkeit der errechneten Zahlen wird sich jedoch erst rückblickend feststellen lassen. Ebenso wenig kann eine Aussage über die Qualität der zu schaffenden Arbeitsplätze getroffen werden. Die positiven Effekte der Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den USA werden von den Befürwortern überbetont, negative Aspekte finden kaum Erwähnung. Dem gegenüber stehen die Hiobsbotschaften der Lobbykritiker und Verbraucherschützer, die aufgrund der unzureichenden Informationslage auch nur teilweise überprüfbar sind. Und genau hier ist der entscheidende Punkt in der Auseinandersetzung mit dem Freihandelsabkommen. Die Intransparenz bei den Verhandlungen lässt Raum für allerlei Spekulationen. Eine demokratische und bürgernahe Debatte ist erforderlich. Und genau diese sollten wir gerade im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl von den Verantwortlichen einfordern.

» *Oliver Gobert ist Angestellter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in der IT-Abteilung. Zudem studiert er an der Fernuniversität Hagen Verwaltungswissenschaften.*

» *Lisa-Marie-Mahler studiert Law and Economics an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.*

Fußnoten

1) http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/Auszuege/04-2013-freihandel,property=pdf,bereich=bmwi2012,-sprache=de,rwb=true.pdf [aufgerufen am 02.05.2014, 15:03 Uhr, Seite 1].

2) http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/Auszuege/04-2013-freihandel,property=pdf,bereich=bmwi2012,-sprache=de,rwb=true.pdf [aufgerufen am 02.05.2014, 15:03 Uhr, Seite 1].

3) http://mediathek.daserste.de/suche/19414266 _ die-sendung-vom-30-januar-2014?s=Monitor&reiter=1 [aufgerufen am 02.05.14, 20:45 Uhr].

4) Felbermayr, Gabriel/Heid/Lehwald: Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP). Teil 1: Makroökonomische Effekte, Bertelsmann Stiftung 2013, Gütersloh S. 4.

5) Ebd., S. 13.

6) Ebd., S. 14.

7) Ebd., S. 14 f.

8) Birkel, Kathrin/Nikolai Miron: EU-US Handelsabkommen stoppen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Berlin 2013, Seite 1.



Die Angst der Deutschen vor dem Mindestlohn

Ein großes, negatives Echo hallt durch die Bundesrepublik – die Bundesregierung hat den flächendeckenden Mindestlohn von 8,50€ vereinbart. Doch wieso scheinen die Deutschen eine derartige Angst vor ihm zu haben? Joshua Bung sagt: der Mindestlohn tut niemandem weh.

Eine Analyse von Joshua Bung

Mindestlohn und Deutschland? Das passt nicht zusammen – zumindest nach der Ansicht vieler Wirtschaftsexperten. Anfang April 2014 hat die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf für einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro verabschiedet. Der Aufschrei war denkbar groß und sein Echo hallt noch heute bis in die tiefsten Niederungen der Medienlandschaft wider.

Selbst die Bundesagentur für Arbeit stemmt sich gegen den Entwurf der Bundesregierung. Laut einer Studie würden von dem geplanten Mindestlohn gerade einmal fünf Prozent der insgesamt 1,3 Millionen Berufstätigen profitieren, die ihr Gehalt derzeit mit Hartz IV aufstocken. Verantwortlich dafür sei die hohe Anzahl der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland. Laut der Bundesagentur für Arbeit kommen viele Berufstätige gerade einmal auf 20 Stunden pro Woche.

Auch Forschungsinstitutionen lassen kein gutes Haar am Gesetzentwurf der Bundesregierung. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschafsforschung würde ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn Unternehmen und Konzerne alleine in der Anfangsphase mit etwa 16 Milliarden Euro belasten. Eine Belastung, die laut vieler vermeintlicher Experten unausweichlich mit dem Verlust von Arbeitsplätzen einhergehe.

Ein Fader Beigeschmack haftet den Kritikern an

Die Argumente der Kritiker gegen die von der Bundesregierung vorgelegte Mindestlohn-Regelung erscheinen durchaus verständlich und auf dem ersten Blick sogar vernünftig. Sicherlich wurden seitens der Politik auch Fehler bei der Konstruktion einer gesetzlichen Lohnuntergrenze in Deutschland gemacht. So wurde beispielsweise nicht auf die Teilzeit-Problematik eingegangen und keine tragfähige Alternative zum flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro vorgeschlagen. Trotzdem haben die Argumente der Mindestlohn-Kritiker einen faden Beigeschmack. Sie proklamieren eine Abhängigkeit von Unternehmen und Konzernen. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns wird mit dem sicheren Verlust von Arbeitsplätzen gleichgesetzt. Warum? Die Frage muss erlaubt sein.

Es stimmt schon: Die Etablierung eines Mindestlohns würde bedeuten, dass Deutschlands Arbeitgeber mehr Geld für ihre Angestellten ausgeben müssten, ohne dass dadurch die Produktivität ihres jeweiligen Unternehmens gesteigert wird. Das sieht im ersten Moment nach einem klaren Verlustgeschäft aus. Ein Verlustgeschäft, welches laut vieler Wirtschaftsexperten nur durch die Entlassung von Mitarbeitern kompensiert werden könnte. Stimmt das?

Mitnichten! Bei ihren Rechenspielchen vergessen viele vermeintliche Experten ganz offensichtlich, dass jedem Angestellten mit der Einführung eines Mindestlohns automatisch mehr Geld zur Verfügung stünde. Und wer mehr hat, gibt auch mehr aus! Ergo: Steigerung der Kaufkraft, gleich Steigerung der Nachfrage, gleich notwendige Steigerung des Angebots. Die Unternehmen müssten demnach keine Angestellten entlassen, sondern unter Umständen sogar weitere Mitarbeiter einstellen, um auf die steigende Nachfrage zu reagieren.

Dieses Argument lassen viele Kritiker des Mindestlohns jedoch nicht gelten. Sie befürchten, dass der sparsame Durchschnittsdeutsche das Geld für schlechte Zeiten zurücklegen wird. Der positive Effekt für die Wirtschaft bliebe somit aus. Aber sieht es im Moment tatsächlich anders aus? Bislang ist Deutschland einer der wenigen Staaten in der Europäischen Union, in dem es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Das ist auch gar nicht weiter schlimm. Schließlich geht es uns gut. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa und die viertgrößte auf der ganzen Welt. Beim potenziellen Konsumenten kommt

von diesem Reichtum allerdings nicht viel an.

Das liegt vor allem an unserem Steuersystem: Mit Abgaben von bis zu 40 Prozent muss man in Deutschland als einfacher Arbeitnehmer tief in die Tasche greifen. Nur in Belgien ist es teurer. Während die Steuerabgaben für »normalverdienende« Arbeitnehmer in Deutschland demnach weit über dem Durchschnitt der EU-Länder liegen, werden »Gutverdiener« weitestgehend geschont. So werden Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse lediglich für ein Einkommen von höchstens 48.600 Euro im Jahr berechnet. Für Renten- und Arbeitslosenversicherungen liegt die Grenze bei 71.400 Euro. Alle Menschen in Deutschland, die über diese Beträge hinaus verdienen, werden demnach nicht zusätzlich belangt. Mit anderen Worten: Deutschland ist eine Oase für Superreiche. Trotzdem wird das Geld kofferweise in die Schweiz gekarrt. Die Gier der Menschen kennt scheinbar keine Grenzen. Auch deshalb gönnt man dem einfachen Arbeitnehmer wohl keinen Mindestlohn.

Kaufkraft steigern durch den Mindestlohn

Doch jetzt kommt der Clou: Arbeitnehmer und Angestellte der Mittel- und Unterschicht bilden den mit Abstand größten Teil der Berufstätigen in Deutschland. Die Kaufkraft unseres Landes hängt somit unausweichlich mit der finanziellen Lage eben jener Erwerbsgruppen ab. Ein gesetzlicher Mindestlohn könnte demnach einen wichtigen Teil dazu beitragen, dass die deutsche Wirtschaft angekurbelt wird. Folglich wäre eine gesetzlich festgelegte Lohnuntergrenze auch aus ökonomischer Sicht zumindest kein Rückschritt.

Aufgrund mangelnder Argumente bleibt den Mindestlohn-Kritikern an diesem Punkt noch genau eine Möglichkeit, ihre Position zu rechtfertigen. Und dafür muss ausgerechnet ein sehr soziales Argument herhalten, welches beim genauen Hinschauen sein berechnendes Kalkül offenbart. Es lautet wie folgt: Die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro verhindere, dass Berufseinsteiger oder Menschen ohne Ausbildung aufgrund mangelnder Qualifikation einen Arbeitsplatz finden. Und schließlich sei es das Ziel der Wirtschaft, möglichst jedem Menschen einen Arbeitsplatz anzubieten. Das klingt doch nach purer Nächstenliebe!

Die Unternehmen lassen ihre Angestellten also für fünf Euro die Stunde arbeiten, damit sie nicht auf der Straße landen. Obwohl? Hartz IV müssen sie ja trotzdem in Anspruch nehmen, um ihr mickriges Gehalt aufzustocken. Egal! Immerhin dürfen sie arbeiten. Und das will schließlich jeder: Arbeiten für lau!

Von solchen Löhnen profitiert in Wirklichkeit nur einer – der Arbeitgeber. Fast grenzenlose Arbeitskraft und kaum nennenswerte Ausgaben. Ein Musterbeispiel für Produktivität. Und darum geht es der Wirtschaft doch. Produktivität! Der Gewinn steht im Vordergrund, nicht der Mensch, der ihn im Schweiße seines Angesichtes erwirtschaften muss.

Und als wäre das nicht genug, spielt man in Deutschland mit der Angst der Arbeitnehmer. Der Mindestlohn wird als Teufelswerk – als Arbeitsplatz-Killer – tituliert. Bei der letzten Bundestagswahl 2013 hat man gesehen, wohin die Propaganda der Wirtschaft und der Medien geführt hat. Der Mindestlohn wurde stellvertretend durch seine Parteien fast komplett abgewählt. Jetzt wird er doch noch durchgesetzt. Und wieder regt sich großer Widerstand auf Seiten der Wirtschaftslobby. Und wieder glauben die Menschen, was in den Medien verkündet wird. Und wieder werden sich große Teile der Bevölkerung beeinflussen lassen, darunter ausgerechnet jene Menschen, die vom Mindestlohn profitieren könnten. Die Angst der Deutschen vor dem Mindestlohn ist wieder da. Die Frage bleibt: Warum?

» *Joshua Bung studiert Germanistik und Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er ist zudem Online-Redakteur beim General-Anzeiger Bonn sowie stellvertretender Chefredakteur Musik beim Campusradio bonnFM.*

Links

- http://www.gesetzlichekrankenkassen.de/grenzen/grenzen.html
- http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/iab-mindestlohn-hilft-kaum-gegen-aufstocker-12898594.html
- http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/gutachten-zum-mindestlohn-eine-ohrfeige-fuer-die-bundesregierung-12899270.html
- http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html



Das diffuse deutsche Demokratieverständnis

Demokratie ist ein in Deutschland hoch angesehenes Gut. Doch das Demokratieverständnis vieler Deutscher ist streckenweise inkonsistent. Dies arbeitet Julius Lübbersmann in seinem Artikel heraus und plädiert für die Widerspruchslosigkeit.

Ein Kommentar von Julius Lübbersmann

Demokratie! Demokratie ist ein in Deutschland sehr hoch angesehenes Gut. Anders verhält es sich mit der Parteiendemokratie als demokratisches Regierungssystem. Sie kann und wird viel kritisiert. Politiker seien zu bestechlich und überhaupt würde die eigene Stimme nicht zur Geltung kommen. Die Gründe der Kritik sind vielzählig und selten fundiert. Demokratie als Regierungsform ist jedoch weithin anerkannt und wird kaum in Frage gestellt. Während in neuen Umfragen auf die Frage, wie zufrieden man mit der Art und Weise sei, wie in Deutschland Demokratie funktioniere, nur 51 % der Befragten zufrieden oder sehr zufrieden angaben[1], bietet sich bei einer leicht variierten Fragestellung ein völlig anderes Bild. Auf die Frage, ob man Demokratie allgemein für eine gute Regierungsform halte, antworteten 89 %, dass sie die Demokratie für eine gute Regierungsform hielten.[2] Trotz Unzufriedenheit mit der Ausgestaltung befürwortet also eine deutliche Mehrheit der Deutschen die Demokratie. Zwar sind Umfragen selten aussagekräftig, jedoch lässt sich hier eindeutig ein spannendes Phänomen beachten. Grund genug also, das Demokratieverständnis der deutschen Bevölkerung genauer zu betrachten.

Die Kritik an den jeweiligen demokratischen Regierungssystemen richtet sich oft an ein Demokratiedefizit. Bis auf die CDU fordern Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien eine Ausweitung direktdemokratischer Mittel für die Bürger. Volksvertreter sehen sich oft dem Vorwurf ausgesetzt, nicht entsprechend ihres Wahlauftrages zu handeln. Dieses offenkundige Bedürfnis vieler Deutschen nach Demokratie ist dabei jedoch bei näherer Betrachtung unreflektiert und widersprüchlich, wie ein Blick auf das Bundesverfassungsgericht und die Europäische Union zeigt.

Die Krux des Verfassungsgerichtes

Das Bundesverfassungsgericht ist in Deutschland populär wie kaum eine andere Institution. Das schriftlich fixierte Grundgesetz gilt gemeinhin als schützenswert und die Entscheidungen des Verfassungsgerichts werden gesellschaftlich mit großem Konsens anerkannt. Es ist jedoch zu bemerken, dass Urteile des Gerichts zunehmend auch direkt in politische Entscheidungen des Bundestages eingreifen und das Parlament zu Gesetzesmodifikationen anhalten. Als Beispiel kann die jüngste Entscheidung des Verfassungsgerichts zur 3-Prozenthürde bei Europawahlen genannt werden. Diese vom Bundestag verabschiedete Regelung wurde gekippt und hat keine Gültigkeit mehr für die anstehende Wahl.[3] Doch woher nimmt das Gericht seine Legitimation?

Das Bundesverfassungsgericht besteht aus 16 Richtern. Diese werden nicht direkt vom Volk, sondern vom Bundestag und dem Bundesrat gewählt.[4] Die Wahl wird also vom Volk weiter an seine Repräsentanten delegiert. Spannend ist hierbei, dass stets betont wird, das Verfassungsgericht müsse unabhängig vom Parlament sein. Die Folge, dass es somit auch unabhängig vom Volk ist, was zwangsläufig undemokratisch ist, wird jedoch allgemein ignoriert. Wenn wir Demokratie der griechischen Wortbedeutung entsprechend als Herrschaft des Volkes übersetzen, stehen wir nun vor einem demokratischen Dilemma. Je mehr Instanzen als nötig wir zwischen den Wähler und die zu treffende Entscheidung stellen, desto undemokratischer wird die Entscheidung, weil immer weniger garantiert werden kann, dass der Wählerwille erfüllt wird. Das Demokratiedefizit ist zwangsläufig größer, je mehr Entscheidungsinstanzen zwischengeschaltet werden. Es ist somit ein Widerspruch in den Ansprüchen vieler Deutscher festzustellen. Wie lässt sich das Bedürfnis nach Demokratie, also der Herrschaft des Volkes, mit der hohen Akzeptanz des Verfassungsgerichts verbinden? Schließlich ist dies eine Instanz, die oft in die Entscheidungen der vom Volk beauftragen Volksvertreter eingreift und somit gegen den durch unsere Repräsentanten formulierten Wählerwillen handelt.

Ein Blick auf Großbritannien

Eine Alternative zeigt Großbritannien auf, ohne dass dies von vielen Menschen wahrgenommen wird. Dort gibt es keine schriftliche Verfassung und dementsprechend kein mit Deutschland vergleichbares Verfassungsgericht, das diese verteidigt. Das House of Commons als Parlament hat die höchste Entscheidungsgewalt, frei nach dem demokratischen Prinzip: Das Parlament ist im Auftrag des Volkes der höchste Souverän. Die Konsequenzen dieser Haltung zeigen sich in der Politik Großbritanniens. Wer die UN-Menschenrechtscharta unterzeichnet oder der Europäischen Union beitritt, unterwirft sich zwangsläufig deren Gerichtsbarkeit. Auf die Bestimmung der Mehrzahl der dortigen Richter haben aber das nationale Parlament und das Volk keinen direkten Einfluss. Dies ist einer der Gründe für die Europaskepsis Großbritanniens. Man kann die politische Praxis Großbritanniens kontrovers bewerten, konsequent ist sie.[5]

In Deutschland herrscht im Gegensatz zu Großbritannien hauptsächlich die Angst vor der als regulierend empfundenen europäischen Bürokratie. Die europäische Gerichtsbarkeit und der Internationale Gerichtshof werden kaum als Bedrohung angesehen, sondern erfreuen sich großer Beliebtheit.

Reflexion der Widersprüche

Damit kommen wir zur abschließenden Kritik dieses Beitrages. Weder der Wunsch vieler Deutschen nach Demokratie, noch die hohe Wertschätzung der Verfassung, des Bundesverfassungsgerichts oder anderer Gerichtsbarkeiten soll hier kritisiert werden. Die politische Praxis und die Historie dieses Landes rechtfertigen beides in vielerlei Hinsicht. Kritikwürdig ist jedoch der unreflektierte Umgang der Deutschen mit den Widersprüchen in den eigenen Forderungen. Wer Demokratie als Herrschaft des Volkes versteht und sie als höchstes politisches Gut ansieht, der kann nicht gleichzeitig Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes befürworten, welche vom Parlament beschlossene Gesetze kippen. Wer jedoch für eine starke Verfassungsgerichtsbarkeit eintritt und es befürwortet, wenn diese auch Gesetzesinitiativen vom Parlament fordert, der muss sich bewusst werden, dass er die Schwächung von demokratischen Instanzen in Kauf nimmt.

Diese gesamte Argumentation gilt natürlich nur unter der Annahme, dass ein Parlament als demokratische Volksvertretung akzeptiert ist, derer eine Demokratie ab einer bestimmten Bevölkerungsgröße bedarf. Anhänger von direkter Demokratie, die das Parlament als undemokratisch ansehen, aber das Verfassungsgericht schätzen, machen sich allerdings eines noch größeren Widerspruchs schuldig. Die Richter werden von der angegriffenen Instanz (dem Bundestag und dem Bundesrat) gewählt, womit sie in doppelter Hinsicht undemokratisch wären. Verfechter von mehr direkter Demokratie müssten somit auch für mehr direktdemokratischen Einfluss des Volkes auf Gerichtsurteile eintreten, was wohl in niemandes Interesse liegen kann und hier entsprechend wenig thematisiert wird.

Es gibt bei dieser Thematik kein Richtig oder Falsch. Sowohl eine starke Verfassung und Verfassungsgerichtsbarkeit, als auch ein Parlament als höchste politische Instanz bieten Vor- und Nachteile. Jedoch bedarf es in einer Demokratie der Auseinandersetzung der Bürger mit ihren demokratischen Ansprüchen, um reflektiert Politik betreiben zu können. Dazu wird es höchste Zeit.

» *Julius Lübbersmann studiert Geschichte und Politikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 5. Semester. Er verbrachte 2013/2014 ein Auslandssemester an der Universität Wien.*

Fußnoten

1) http://de.statista.com/statistik/daten/studie/752/umfrage/zufriedenheit-mit-dem-funktionieren-der-demokratie-in-deutschland/

2) http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160140/umfrage/bewertung-der-demokratie-als-regierungsform/

3) https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20140226 _ 2bve000213.html

4) https://www.bundesverfassungsgericht.de/organisation/organisation.html

5) Vgl. Sweet, Alec Stone: Constitutional Courts and Parliamentary Democracy, in: West European Politics 25 (2002), S. 77-100.



Das Buhlen um die politische Deutungshoheit

Wie Russland, China und Venezuela ein Gegengewicht zu den »westlichen« Medien schaffen analysiert Tim Niendorf in seinem Beitrag über die mediale Aufstellung jener Länder.

Eine Analyse von Tim Niendorf

Die Bewertung der weltpolitischen Ereignisse ist eng mit der medialen Wahrnehmung verflochten. Die Medien haben Einfluss darauf, worüber gesprochen wird, sie entscheiden, was wichtig ist und was nicht. Sie können aufklären und für Diskussionsstoff sorgen – und auch die Perzeption der Leser und Zuschauer prägen (»Bild dir deine Meinung«).

In der internationalisierten Welt von heute erreichen uns Nachrichten aus weit entfernten Gegenden schneller als früher. Dies geschieht nicht nur aus dem einfachen Grund, dass es technisch möglich ist, Informationen binnen Millisekunden von einem Ort zum nächsten zu übermitteln. Es liegt auch daran, dass viele Staaten heutzutage wirtschaftlich so stark verflochten sind, dass Krisen in anderen Ländern, mögen sie auch noch so weit entfernt liegen, häufig eine große Relevanz haben. Wenn beispielsweise die Volksrepublik China in eine Wirtschaftskrise rutschen würde, ginge in Europa, den USA, Asien und Lateinamerika die Angst vor einer »Ansteckungsgefahr« umher. Vor zweihundert Jahren hätte in einem solchen Falle wohl kein Hahn danach gekräht.

Gleiches gilt somit nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für politische Angelegenheiten. Internationale Mediengrößen wie BBC prägten jahrelang den Diskurs. Um der »westlichen« Deutungshoheit in politischen Fragen etwas entgegenzusetzen, haben Länder wie China, Russland und Venezuela in jüngerer Zeit den Versuch unternommen, mediale Gegengewichte zu schaffen. Es ist kein Geheimnis, dass die Pressefreiheit in besagten Ländern gering bis gar nicht geschätzt wird. Ihre staatlichen Nachrichtenportale wirken wie das Diktat des Präsidenten und lassen keine zwei Meinungen zu. Dies war in China und Russland schon immer so.

Sprachen als Zugang zur Welt

Relativ neu ist aber, dass die Nachrichten ihrer Staatssender auch in englischer, spanischer und arabischer Sprache erscheinen. Damit stehen China und Russland aber nicht allein, es ist vielmehr eine Reaktion auf CNN, BBC und Co., die ebenfalls in anderen Sprachen berichten. Die Weltsprachen sind der Schlüssel für den Zugang zu einem Großteil der Weltbevölkerung. Was die Menschen in arabischen und lateinamerikanischen Staaten in den Nachrichten erfahren, soll nicht mehr allein in der Hand des »imperialistischen Westens« liegen, so der strategische Plan Russlands und Chinas, aber auch Venezuelas.[1] Es reicht offensichtlich nicht mehr aus, nur die eigene Bevölkerung zu indoktrinieren. Auch Menschen anderer Nationen sollen erfahren, wie sie denken.

Und dieser Plan ist bisher durchaus erfolgreich. Vor allem RT, früher Russia Today, darf hierbei als Beweis angeführt werden. Der russische Sender ist noch sehr jung, erst im Jahr 2005 wurde er ins Leben gerufen. Zum Vergleich: CNN (USA) sendete erstmals 1980, BBC (Vereinigtes Königreich) bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1922. Umso erstaunlicher ist es daher, dass RT sich schon jetzt einer großen Resonanz erfreuen kann. Abgesehen von der BBC ist kein ausländischer Nachrichtensender in den USA – also in dem Land, das während des Kalten Krieges mit der Sowjetunion aufs Äußerste verfeindet war – erfolgreicher als RT.[2] Der Sender berichtet seit sieben Jahren auf Englisch, und mittlerweile auch auf Arabisch und Spanisch. Eineinhalb bis zwei Milliarden Menschen (je nach Schätzung) beherrschen mindestens eine dieser drei Idiome als Mutter- oder Zweitsprache. Das ist eine immense Größenordnung.

Natürlich erreicht RT nicht all diese Menschen, das ist klar, nichtsdestotrotz zeigt diese Zahl, warum es für Russland und China so vielversprechend ist, ihre Meinung, ihre Sichtweise auf die Dinge der Welt in diesen drei Weltsprachen zu verbreiten, so wie es CNN und BBC vormachen. Um all das zu finanzieren, nehmen die autoritären Länder viel Geld in die Hand[3] – und nehmen auch namhafte Journalisten unter Vertrag. So zum Beispiel den bis über US-Grenzen hinaus bekannten Larry King (bekannt durch die Talkshow Larry King Live), der nach seinem Aus bei CNN beim russischen Nachrichtensender eine Anstellung fand. Für teleSUR wiederum wird Diego Maradona, Argentiniens Fußball-Ikone, von der Weltmeisterschaft in Brasilien berichten. Sein Engagement für den Sender verteidigt er vehement und begründet dies damit, dass der südamerikanische Sender den »Lügen, die die Imperialisten sagen und kreieren«,[4] etwas entgegensetzen würde.

Eine Allianz gegen den »Westen«

Liest beziehungsweise sieht man die Nachrichten von RT (Russland), Xinhua und CCTV (China) oder teleSUR (Venezuela), erfährt man, anders als beispielsweise in Deutschland, wie die Regierung denkt. Denn die genannten Medien gleichen einem Spiegel, sie geben die Regierungsgedanken wider. Wie Russland über die Krim-Krise denkt (gut, das ist nicht schwer zu erraten), aber auch, wie Russland zu anderen Ländern steht und welche Staaten Partner sind, all das ist den Nachrichten zu entnehmen, kritische, abweichende Stimmen sind Fehlanzeige.

So ergibt sich aus der Abgrenzung zum verhassten »Westen« eine teils ideologische Allianz: Russlands und Venezuelas Freunde sind, wie man auch den Nachrichten RTs und teleSurs entnehmen kann, Kuba, Syrien, Iran, Argentinien, Ecuador, Bolivien und mit Abstrichen China. Es liegt ein ideologischer Graben vor, obwohl er dem des Kalten Krieges nicht gleichzusetzen ist. Damals war es auch ein Ost-West-Konflikt, jedoch mit den gegensätzlichen Wirtschaftsformen Kapitalismus und Kommunismus. Russland und Syrien wird keiner als sozialistische Länder bezeichnen, vor allem China so zu nennen, wäre falsch, auch wenn sie das selbst anders sehen. Die anderen genannten lateinamerikanischen Staaten werden derzeit zwar schon von linken Regierungen angeführt, jedoch, mit Ausnahme von Kuba und Venezuela, eher moderat.

Was diese Länder eint ist zweierlei: Zum einen halten die linken Regierungen Lateinamerikas wegen ihrer politischen Richtung zusammen. Syrien, Iran, Russland und China werden hingegen aus dem simplen Grund, Gegenspieler der USA zu sein, als Partner geachtet. Ganz nach dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Letztlich drückt sich in diesem Zusammenhalt der Wunsch aus, der unipolaren Weltordnung, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer etablierte, etwas entgegenzusetzen. Ein verständlicher Wunsch, berichten »westliche« Medien schließlich häufig einseitig über Konflikte in anderen Weltregionen. Wer nicht nach den Spielregeln des »Westens« tanzen will, braucht Verbündete. Alleine, das ist jedem klar, kommt niemand weit.

Doch auch wenn »westliche« Medien nicht immer neutral sind, bleiben sie dennoch frei – im Gegensatz zu RT, CCTV und teleSUR. Es ist geradezu paradox, dass Länder, denen die Pressefreiheit nichts bedeutet, massiv in den Auslandsnachrichtendienst investieren, wohingegen Deutschland, beispielsweise, spart, wo es nur geht. Klare Worte fand diesbezüglich Deutsche Welle-Intendand Peter Limbourg. Er forderte unlängst mehr (finanzielle) Unterstützung seitens der Politik.[5] Wer europäische Werte im Ausland vermitteln wolle, müsse mehr Geld für den Auslandsjournalismus aufbringen. Ob die Politik die Zeichen der Zeit erkennen?

» *Tim Niendorf studiert Lateinamerika- sowie Altamerikastudien und Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 4. Semester. Zudem verbrachte er zwei Semester an der PUCP-Universität in Lima, Peru.*

Fußnoten

1) http://www.tagesspiegel.de/medien/ein-gegengewicht-zu-cnn-mit-telesur-bekommt-lateinamerika-eigenes-tv/627662.html

2) http://www.ipsnews.net/2010/01/media-foreign-news-channels-drawing-us-viewers/#!13984426301581&action=collapse _ widget&id=159986

3) http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/Medien-Krieg-Einfluss-Westen-Russland-China-Katar-Iran-Propaganda-Meinungsfreiheit

4) http://www.nzz.ch/aktuell/sport/fussball/maradona-als-soldat-venezuelas-1.18251175

5) http://www.dwdl.de/nachrichten/43679/deutsche _ welle _ intendant _ limbourg _ will _ mehr _ geld _ /

Gesellschaft



»Crowd«
Foto: Flickr.com / Chris Zielecki (CC BY-NC-SA 2.0)



Die Kissinger-Professur an der Universität Bonn

Eine Geschichte über die Instrumentalisierung der Wissenschaft erzählt Lukas Mengelkamp in seinem Kommentar zur Einrichtung der umstrittenen »Kissinger«-Professur in Bonn.

Ein Kommentar von Lukas Mengelkamp

Die Henry-Kissinger-Professur kommt. Zumindest, wenn in Bonn nicht noch ein kleiner Aufstand losbricht. An einem Ort der Wissenschaft, an der Bonner Universität, hätte es eine kritische Diskussion über den Sinn von Wissenschaft, die Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und Studium, über Völkerrecht und einen der bekanntesten – und umstrittensten – Außenpolitiker des 20. Jahrhunderts geben können. Die Universitätsleitung war aber wohl anderer Meinung. Eine öffentliche und kontroverse Diskussion über die Einrichtung eines Lehrstuhls, der nach Henry Kissinger benannt und hauptsächlich vom Bundesverteidigungsministerium finanziert wird? An einer der größten deutschen Universitäten war und ist das anscheinend unerwünscht.

»Der Gipfel des bedingungslosen Strebens nach Drittmitteln«

Trotz des Protests von Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA), Gewerkschaften (Verdi, GEW), einer zivilgesellschaftlichen Initiative (Zivile Uni Bonn) und über 100 Wissenschaftlern hält die Universität nicht nur an dem Vorhaben fest – auf die Kritik ist bisher nicht einmal reagiert worden. Zwar sah sich die Universität durch die Berichterstattung in der Presse gelegentlich zu Stellungnahmen gezwungen, doch wurde in diesen die Kritik immer kurz und knapp abgewiesen, ohne dass auf diese wirklich eingegangen worden wäre. Weder entwickelte die Universitätsleitung eine eigene Einschätzung der Person Kissingers (besonders in Bezug auf seine Mitverantwortung für die hunderttausende Tote fordernden Massenbombardements über Kambodscha und Laos; für die Unterstützung von Militärdiktaturen in Lateinamerika und Pakistan sowie für die Billigung des indonesischen Angriffskrieges gegen Osttimor durch die Vereinigten Staaten),[1] noch ging die Universitätsleitung auf die Forderung von Studierenden, Mitarbeitern, Wissenschaftlern und zivilgesellschaftlichen Organisationen nach einer zivilen und friedlichen Universität Bonn ein.

Stattdessen verstieg sich der Pressesprecher der Universität sogar zu der Behauptung, dass die Universität »politisch-weltanschaulich neutral« sei und gab auf Nachfrage bekannt, dass man auch eine »Wladimir-Putin-Professur« einrichten würde, wenn sich dafür nur ein Geldgeber finden ließe.[2] Anstatt also auf den Wunsch einer am Wert des Friedens orientierten Wissenschaft einzugehen, postulierte man das genaue Gegenteil: Die Aufgabe jeglicher ethischer und politischer Ansprüche an eben diese. Man könnte auch sagen: hier handelt es sich um den Gipfel des bedingungslosen Strebens nach Drittmitteln.

Die Idee für die Henry-Kissinger-Professur stammt nach Recherchen des Kölner Stadt-Anzeigers von dem mittlerweile versetzten Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministeriums Ulrich Schlie. Nicht zufällig war er Leiter der Abteilung »Allgemeine Politik«.[3] Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Ganz offensichtlich ist die Einrichtung der Professur politisch motiviert und nicht wissenschaftlich. Doch welche Agenda verfolgt das Bundesverteidigungsministerium mit der Professur?

In einer Antwort auf einen Brief der Bundestagsabgeordneten Katja Dörner (Bündnis90/Die Grünen) an Verteidigungsministerin von der Leyen, in dem Dörner die Einrichtung der Professur kritisiert hatte, führte der Parlamentarische Staatssekretär Ralf Brauksiepe aus, dass man »die Einrichtung der Henry-Kissinger-Professur auch als einen Beitrag zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatte in Deutschland« verstehe.[4]

»Das größte Hindernis ist die breite Ablehnung von Kriegseinsätzen in der Bevölkerung«

Mit anderen Worten: ein Lehrstuhl wird eingerichtet und instrumentalisiert, um die Debatte über

den Einsatz der Bundeswehr im In- und Ausland in eine dem Bundesverteidigungsministerium genehme Richtung zu beeinflussen. Denn das einzige was noch eine extensive Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen wirklich behindert (abgesehen von strukturellen und technischen Mängeln bei den Streitkräften selbst) ist die öffentliche Meinung in Deutschland. Zwar waren Kriegseinsätze abseits der Landesverteidigung Jahrzehnte lang grundgesetzlich verboten, doch führte spätestens das Hilfskonstruktionen bemühende Bundesverfassungsgerichtsurteil über Auslandseinsätze von 1994 (BVerfGE 90, 286) de facto dazu, dass einer extensiven Einsatzpraxis juristisch kaum noch beizukommen ist.[5]

So werden dann auch in den Strategiepapieren zur Sicherheitspolitik, wie dem Weißbuch von 2006 und in den verteidigungspolitischen Richtlinien Einsatzszenarien für die Bundeswehr festgelegt, die kaum noch einer textnahen Interpretation des Grundgesetzes entsprechen. Das Weißbuch erklärt mit dem Kosovokrieg »eine völkerrechtlich und verfassungsrechtlich fragwürdige Operation«[6] kurzerhand zum Modell und die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 erklären: »Um *seine Interessen* und *seinen internationalen Einfluss* zu wahren [...], stellt Deutschland [...] Streitkräfte bereit, die schnell und wirksam zusammen mit den Streitkräften anderer Nationen eingesetzt werden können.« (VPR 2003, 27, Pkt 72; Hervorhebungen L. M.). Zur Erinnerung: im Grundgesetz steht: »Der Bund stellt Streitkräfte zur *Verteidigung* auf.« (GG, Art. 87a, Abs. 1; Hervorhebungen L.M.)

Hierzu noch einmal Jaberg: »Mit dieser Formel wird dem Einsatz der Bundeswehr zu beliebigen Zwecken Tür und Tor geöffnet. Sie reichten potenziell von eher ‚weichen' Zielen wie der Pflege angeschlagener Beziehungen zu wichtigen Bündnispartnern über die Untermauerung eines Anspruchs auf einen nichtständigen oder gar ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und die Demonstration militärischer Handlungsfähigkeit z.B. der Europäischen Union bis hin zur Durchsetzung ‚harter' nationaler Interessen.«[7] Kurzum: den offiziellen Verlautbarungen des Bundesverteidigungsministeriums zu Folge ist ein extensiver Streitkräfteeinsatz in der Außenpolitik Programm. Das größte Hindernis bei der Implementierung dieses Programms ist aber nach wie vor die Gegnerschaft weiter Teile der Bevölkerung zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

Und hier kommt die Kissinger-Professur wieder ins Spiel. Nach dem Missbrauch der Schulen als Rekrutierungsstätten durch so genannte »Jugendoffiziere« sind jetzt die deutschen Universitäten dran: Bildung und Wissenschaft werden zum Mittel der Akzeptanzgewinnung des Militärs und militärischer »Lösungen« missbraucht. Es geht nicht nur um die Militarisierung einer Hochschule, vielmehr ist dieser Vorgang selbst Teil eines viel größeren Projektes – der Überwindung der anhaltenden Ablehnung von Einsätzen der Bundeswehr in der Bevölkerung. Funktioniert die Einrichtung der Kissinger-Professur in Bonn wie geplant, wird diese vom Verteidigungsministerium sicherlich zum Modell für Universitäten in ganz Deutschland erhoben, um eine nachhaltige Veränderung in der Debatte über die Legitimierung einer Außenpolitik unter selbstverständlicher Einbeziehung der Bundeswehr zu forcieren. Es geht um den Bruch mit einer in Deutschland fest verankerten Skepsis gegen den Einsatz von Militär; um nicht weniger als um einen historischen Vorgang – und die Universität Bonn ist Teil der Instrumentalisierung der Wissenschaft zugunsten dieses Bruchs.[8]

»Rückblickend betrachtet scheint die Berufung Bindenagels von Beginn an klar gewesen zu sein«

Zum Ende noch ein persönliches Wort: An der Berufungskommission der Professur nahm ich als studentisches Mitglied teil. Im nominierenden Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) schwankte man zwischen Boykott und Entsendung eines Studierenden, um an mehr Informationen zu gelangen und auf ein reguläres Berufungsverfahren zu drängen. Dieses fand jedoch nicht statt. Schon auf der konstituierenden Sitzung der Berufungskommission wurde ein gewisser James D. Bindenagel, ehemaliger US-Botschafter, ausgewählt. Das bedeutet: die Entscheidung wurde schnell getroffen, ohne Bedenkzeit, ohne, dass die Mitglieder noch einmal in Ruhe über die Personen nachdenken konnten oder diese sich gar vorstellen mussten. Insbesondere ich als unerfahrenes studentisches Mitglied wurde völlig überrumpelt.

Rückblickend betrachtet scheint die Berufung Bindenagels von Beginn an klar gewesen und die Anforderungen an den zukünftigen Lehrstuhlinhaber auf diesen abgestimmt gewesen zu sein. Von einem

freien und offenen Verfahren kann meiner Meinung nach ausdrücklich nicht die Rede sein. Ein Hohn, dass die Universitätsleitung bei der Bekanntgabe dann auch noch behauptete, die Entscheidung in der Kommission sei regulär und einstimmig gefallen und betonte, dass das studentische Mitglied der Berufung zugestimmt hätte. Nichts weniger war der Fall: das Verfahren war nicht frei und offen und eine formale Abstimmung hat es nicht einmal gegeben.

Bei genauerer Prüfung der Person Bindenagel kam auch noch heraus, dass dieser ein vehementer Befürworter einer Teilnahme der Bundeswehr an zukünftigen Kriegseinsätzen ist. Darüber hinaus fordert er die Unterstützung derjenigen Eliten in Deutschland durch die USA, welche einer militarisierten deutschen Außenpolitik das Wort reden.[9] Die Berufung passt also genau in das weiter oben gewonnene Bild: Die Kissinger-Professur ist eindeutig politisch motiviert, auch wenn der Pressesprecher der Universität für diese eine angebliche »weltanschauliche Neutralität« in Anspruch nimmt.

Die Kissinger-Professur wird kommen – wenn nicht ein kleiner Aufstand losbricht.

» *Lukas Mengelkamp studiert Geschichte und Politikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 6. Semester. Er engagiert sich zudem im Bonner AStA und in der Initiative »Zivile Uni Bonn«.*

Fußnoten

1) Für einen Überblick vgl. European Center for Constitutional and Human Rights (Hrsg.): ECCHR Hintergrundbericht, Henry A. Kissinger, Beteiligung an Kriegsverbrechen, Berlin, 11. September 2012, S. 3–4, www.ecchr.de (zuletzt abgerufen am 12.05.2014); ausführlicher: Hitchens, Christopher: The trial of Henry Kissinger, edition originally published 2002, London 2012.

2) Beide Zitate in: Hesse, Michael: Streit um Henry Kissinger, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 11.04.2014, www.ksta.de (zuletzt abgerufen am 12.05.2014).

3) Ebd.

4) Eine Kopie des Briefes liegt dem Autor vor.

5) Jaberg, Sabine: Auslandseinsätze der Bundeswehr: Jenseits der grundgesetzlichen Friedensnorm?, in: Nielebock, Thomas/Meisch, Simon/Harms, Volker (Hrsg.): Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium, Hochschulen zum Frieden verpflichtet, Baden-Baden 2012, S. 177 – 221, hier S. 182 ff.

6) Jaberg: Auslandseinsätze, S. 202.

7) Ebd., S. 203.

8) von Glaßer, Michael Schulze: An der Heimatfront, Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Köln 2010, S. 25–29; siehe auch: Commerzbank AG/Bundesministerium der Verteidigung: Celler Appell (2008): »Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren […]«.

9) Bindenagel, James D.: Afghanistan – The German Factor, in: PRISM vol. 1, No. 4 (2010).



Von neuen »Montagsdemos«, Ken Jebsen und unkritischer Presse

Die Kommentarflut zahlreicher Internetaktivisten auf den Seiten mehrerer überregionaler Medien hat selbige zu Antworten auf neue »Montagsdemos« gezwungen, die seitdem im öffentlichen Diskurs thematisiert werden. Doch wer demonstriert dort eigentlich – und wieso? Eine Antwort liefert Jonas Wagemann.

Ein Kommentar von Jonas Wagemann

Seit einigen Wochen gibt es neue »Montagsdemonstrationen« in Berlin und anderen Städten der Republik. Die etablierte Medienwelt und weite Teile der politischen Linken halten sie für stark rechtslastig. Doch wie differenziert setzen sie sich mit den Inhalten dieser »Friedensbewegung 2014« auseinander? Und was sind diese Inhalte überhaupt?

Im Zuge der Verschärfung der Ukraine-Krise im Frühjahr diesen Jahres mit ihrer Ausweitung auf die Krim und weitere Gebiete im Osten der Ukraine wurden in Deutschland gegen die als einseitig verstandene Medienberichterstattung kritische Stimmen laut. Als vorläufiger Höhepunkt dieser Kritik entlud sich Mitte April ein »Shitstorm« kritischer Kommentare und Anfeindungen auf die sogenannten »Mainstream-Medien«. Hervorgebracht wurde dieser Aufruhr auch durch die seit Ende März stattfindenden »Montagsdemonstrationen«, auf denen unter anderen Ken Jebsen, ehemals RBB-Mitarbeiter, neben der Verurteilung zahlreicher anderer gesellschaftlicher und systemischer Missstände, seiner Missbilligung der etablierten Berichterstattung Ausdruck verleiht.

Im Mittelpunkt stehen dabei Themen wie Waffenexporte, Umweltzerstörung, Massenüberwachung durch die Geheimdienste und die Beteiligung der bundesrepublikanischen Politik an diesen Verbrechen sowie insbesondere die Faktoren Lobbyismus und internationales Finanzsystem, die, so der Grundtenor, an all dem ihren Anteil haben. Deutlich wird auch, dass Gewalt und jegliche Form von Rassismus von Ken Jebsen abgelehnt werden. Die versammelten Demonstranten – Menschen jeden Alters und aller Couleur – unterstützen seine aufgebrachten, aber inhaltlich friedlichen Aussagen mit Klatschen und Zurufen. Doch auch einige fragwürdige Personen, wie der NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke mischten sich unter die Teilnehmer der sogenannten »Mahnwache«.

Auch in etwa 30 weiteren Städten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz finden mittlerweile diese »Mahnwachen für den Frieden« statt, wodurch es freilich unübersichtlich wird, wer wo welche Position vertritt und die friedlichen Absichten der Demonstranten möglicherweise zu instrumentalisieren sucht. Besonderes Problem der Bewegung ist auch im Internet ihre Heterogenität. Hier unterstützen die Administratoren des Facebook-Profils »Anonymous«, welchem über 430.000 Nutzer folgen, die »Friedensbewegung 2014«. Dabei finden sich ebenso sinnvolle, wie zweifelhafte Beiträge. So berufen sich die Beiträge nicht selten auf das Russische Staatsfernsehen, deren Darstellungen für bare Münze genommen werden, was angesichts der berechtigten Kritik an der deutschen Medienberichterstattung schwer verständlich ist.

Ken Jebsen – ein Antisemit?

Im November 2011 führte eine Kontroverse um eine private E-Mail Ken Jebsens an einen Rundfunkhörer zur vorzeitigen Absetzung seiner Sendung KenFM, die zuvor für ein Jahrzehnt fester Bestandteil des Senders »Fritz« beim RBB war. Die Mail wurde auf der Internetseite Henrik M. Broders – »Die Achse des Guten« – veröffentlicht[1]. Dem Verfasser wurde dabei von Broder vorgeworfen, Antisemit und Holocaustleugner zu sein. Seither hält sich diese Anschuldigung. Grund für den Vorwurf war eine Äußerung Jebsens, dass er wisse »wer den holocaust als pr erfunden hat [sic.]«.

Aus dem Zusammenhang der gesamten Nachricht gelöst klingt dies zweifellos antisemitisch. Der eigentliche Essenz der Nachricht ist jedoch die Feststellung, dass es den mächtigen Global-Playern in Politik und Gesellschaft ganz gleich ist, ob man »jude christ moslem buddhist oder FASCHIST [sic.]« ist. Wichtig sei nur der Profit, freilich auch für Mächtige jüdischen Glaubens. Die merkwürdige Aussage erweist sich bei genauer Lektüre der Mail nur als unkluge

Spitze an den Adressaten. Diesen Eindruck bestätigen auch die Reaktionen des Verfassers auf die ihm vorgeworfenen rechten Tendenzen,[2] zumal sich Ken Jebsen immer wieder grundsätzlich gegen jede Form von Rassismus und Ungleichheit ausspricht; viel eher über jene aufklärt, die Ungleichheit hervorrufen und davon profitieren.

Anders als die Berichterstattung, die auf den Antisemitismus-Vorwurf folgte, setzte sich der RBB mit dem Inhalt der Mail und seinem Urheber auseinander und stellte fest, dass er »die Vorwürfe gegen den Moderator, er verbreite antisemitisches Gedankengut und verleugne den Holocaust, (...) für unbegründet [hält]«.[3] Auch die spätere Kündigung basierte nicht auf angeblich fremdenfeindlichem und geschichtsrevisionistischem Gedankengut des Fritz-Moderators, sondern lediglich auf abweichenden Vorstellungen von journalistischer Arbeit[4] – eine Begründung, die angesichts des provokanten Stils Jebsens durchaus einleuchtet. Darüber hinaus ist, wie der Moderator in einem Interview zu der Kontroverse erläuterte,[5] zu berücksichtigen, dass es sich um eine private Mail handelt, die angesichts der Anschuldigungen, die der Rundfunkhörer offensichtlich zuvor erhoben hatte, salopp und provokativ formuliert wurde, während eine geprüfte Presseerklärung gleichen Inhalts Fehldeutungen vorgebeugt hätte.

Schmähung durch die Medien

Die Reaktionen der Medienwelt, zahlreicher gemeinnütziger, politischer NGOs und weiter Teile der politischen Linken auf die Montagsdemonstrationen konnten bei unvoreingenommenen Hörern der Reden eines Ken Jebsens nur auf Unverständnis stoßen, da die Friedfertigkeit der aufklärerischen Absicht des Redners unverkennbar sind (man mache sich zuallererst selbst ein Bild[6]). Hier wurden die Versammlungen als antiamerikanisch, faschistoid, unterwandert und geschichtsrevisionistisch dargestellt. Besonders häufig wurde in diesem Zusammenhang der Vorwurf erhoben, ein großer Teil der Teilnehmer und Jebsen im Speziellen, seien Verschwörungstheoretiker. Dabei bezogen sich die jeweiligen Kritiker insbesondere auf Personen, die neben Ken Jebsen auf den »Montagsdemonstrationen« aktiv sind, ohne das von ihnen Hervorgebrachte auf sie zu beschränken. Zu nennen sind hier vor allem Lars Mährholz, der Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer und der Ökonom Andreas Popp.

Tatsächlich beunruhigend wirkt Jürgen Elsässer, schaut man sich seine Aussagen und Aktivitäten innerhalb des Compact-Magazins und seines Blogs an, die teilweise homophoben und ausländerfeindlichen – mindestens aber einwanderungsfeindlichen – Inhalts sind.[7] Für Lars Mährholz und dessen Aussage, die teilprivate US Notenbank sei für alle Kriege der vergangenen 100 Jahre verantwortlich gewesen, dürfte wohl eher gelten, dass er rhetorisch und intellektuell nicht besonders versiert ist und tatsächlich berechtigte Kritik an der Federal Reserve Bank und anderen Global-Playern überspitzt darstellte.[8]

Andreas Popp dagegen stellt sich als Ökonom insbesondere gegen die Mechanismen des kapitalistischen Finanzsystems und greift dabei Defizite auf, die mittlerweile einem Großteil der Bevölkerung bekannt sind (auch hier mache man sich selbst ein Bild[9]). Ihm wurde, insbesondere wegen der Aussage, dass Deutschland faktisch noch unter alliierter Besatzung stehe, Rechtslastigkeit vorgeworfen. Auch Gregor Gysi hat dies im Zusammenhang des NSA-Skandals bemängelt,[10] wurde dafür jedoch nicht als rechts bezeichnet.

Tatsache ist, dass das Besatzungsstatut formal nie außer Kraft gesetzt wurde. Eben dies greifen regelmäßig rechte Parteien und Gruppierungen auf, um diesen Fakt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, und verursachen damit, dass die Angelegenheit per se zum absoluten Tabuthema erklärt wird. So leiden also Menschen wie Andreas Popp und Ken Jebsen unter falschen Zielen und Aussagen anderer, indem ihre unterstützungswürdigen Argumente in den Kontext der Interpretation anderer gestellt werden.

Diese falsche Kontextualisierung ist auch Methode zahlreicher Journalisten wie zweier *taz*-Online-Redakteure, die über die Montagsdemos schrieben.[11] Die Demonstrationen an sich wurden hier als verschwörungstheoretisch und sehr gefährlich – da von Rechten unterwandert – dargestellt. Dies dürfte auch daran liegen, dass man mitunter durch redaktionellem Druck keine Zeit für fundierte Recherche hat und deshalb dem Hörensagen der Öffentlichkeit und den Infos großer Presseagenturen anheimfällt. So sind sicher auch die andauernden Anschuldigungen, Ken Jebsen sei ein Antisemit, zu erklären. Zu diesem Eindruck trägt auch die Tatsache bei, dass das über dem Artikel abgebildete Foto einen von 1500 Demonstranten zeigt: den oben genannten Rechtsextremisten.

Darunter die Überschrift: »Revisionistische Friedensengel – Sie wollen weder rechts noch links sein: Ex-Linke, Verschwörungstheoretiker und NPD-Kader kommen im Namen des Friedens zusammen.«

Offenbar lässt die Anwesenheit des NPD-Funktionärs Schmidtke den Schluss zu, dieser sei dort willkommen und stoße auf Gleichgesinnte. Spätestens jedoch nach dem Studium der Reden Ken Jebsens weiß man, dass es sich hier um reinen Populismus handelt. Dabei müsste man die offizielle/öffentliche Meinung prüfen und auf Jebsens allwöchentliche Verteidigungen gegen die Verunglimpfung seiner Person eingehen – sie wenigstens erwähnen. Gerade von der taz sollte das zu erwarten sein. Den Höhepunkt aller Diffamierung, insbesondere Ken Jebsens, lieferte Jutta Dithfurt in einem Interview in der 3sat-Kulturzeit, einem Format, von dem ebenfalls besseres gewohnt ist. Titel: »Die neurechten Montagsdemos«.[12]

Letztlich ist die Unterstellung, es handle sich bei den Aktivisten der Berliner Friedensdemonstrationen um rechte und antisemitische Demagogen vor allem für Ken Jebsen und Andreas Popp Verschwörungstheorie, die, im Gegensatz zu den Ausführungen der beiden genannten Redner, wenig Berechtigung hat.

Es gibt jedoch auch gut recherchierte und informative Beiträge. Der Freitag veröffentlichte am 26. April einen Kommentar des Soziologen und Kulturwissenschaftlers Peter Ullrich, in dem sich dieser differenziert mit den Möglichkeiten und Gefahren der heterogenen Protestbewegung auseinandersetzt, wenngleich er meiner Auffassung nach auch voreilige Schlüsse zieht.[13] Vielleicht wird sich also auch für die Kontroverse um die Montagsdemos, wie dies mittlerweile zum Teil bei der Medienberichterstattung zur Ukraine-Krise der Fall ist,[14] eine journalistische Berichterstattung einstellen.[15]

Was die Entwicklung der Demonstrationen angeht, so bleibt zu hoffen, dass die dort anwesenden friedlichen Demonstranten gegen jene vorgehen, die die Veranstaltung für unmoralische Ziele instrumentalisieren. Sollte dies trotz der vernünftigen Kritik an Kapitalismus und durch Lobbyismus bestimmter Politik auch für als Redner etablierte und daher einflussreiche Personen gelten, ist von den Teilnehmern in diesem Sinne natürlich direkter Widerspruch zu erwarten. Denn ein Instrument auch der »neuen« Friedensbewegung ist das Offene Mikrofon!

Mit Freude durfte ich nach Redaktionsschluss feststellen, dass zur Kundgebung am 5. Mai auch die taz einen differenzierten Kommentar auf Lager hatte.[16]

» *Jonas Wagemann studiert Geschichte und Philosophie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 6. Semester.*

Fußnoten

1) http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/ich _ weis _ wer _ den _ holocaust _ als _ pr _ erfunden _ hat/

2) https://www.youtube.com/watch?v=07hfzPd37Qk und https://www.youtube.com/watch?v=MOvYgHNO9PY

3) http://presseservice.rbbonline.de/presseinformationen/unternehmen/2011/11/20111109 _ ken _ jebsen _ bleibt _ moderator _ bei _ fritz.phtml

4) http://www.morgenpost.de/kultur/article1835266/Ken-Jebsen-bestreitet-Vorwuerfe-per-Youtube-Video.htm

5) https://www.youtube.com/watch?v=07hfzPd37Qk

6) http://www.youtube.com/watch?v=-HEYgVsD5k4

7) http://juergenelsaesser.wordpress.com/2013/02/19/hilfe-die-roma-kommen/ und http://juergenelsaesser.wordpress.com/2010/04/22/mixa-weggemobbt/ siehe weiter zu Elsässers intolerantem Familienbild: http://nuoviso.tv/gender-mainstream-wahn-compact-im-november/

8) http://www.youtube.com/watch?v=v-9 _ ntPQ _ 5U

9) http://www.youtube.com/watch?v=3A5HSOac5ik

10) https://www.youtube.com/watch?v=NNj7rrFTwVM

11) http://taz.de/Neurechte-Friedensbewegung/!136944/ sowie http://taz.de/Rechte-Montgsdemo-in-Berlin/!137177/

12) http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=43135

13) http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-allgemeine-unbehagen

14) http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/media/zapp7411.html

15) Bis dahin übernimmt Kabarett diese Aufgabe: http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2142038/%22Die-Anstalt%22-vom-29-April-2014#/beitrag/video/2142038/Die-Anstalt-vom-29.-April-2014.

16) http://taz.de/Friedensmahnwache-in-Berlin/!137987/



Im Namen des Volkes

Das Strafmaß, welches das Gericht über Uli Hoeneß aufgrund seiner millionenschweren Steuerhinterziehung erhob, stieß auf vielfache Kritik.

Ein Kommentar von Julian von Mach

Anklage

Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil: Der Angeklagte Ulrich Hoeneß wird zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

So oder so ähnlich lautete das Urteil der 5. Strafkammer des Landgerichts München II am Mittag des 13. März 2014, etwa ein Jahr nachdem der Stern den Artikel »Das geheime Fußballkonto«[1] veröffentlichte und die Affäre ins Rollen brachte.

Kurz nach diesem Artikel, am 20. April vergangenen Jahres wurden die Ermittlungen, die Selbstanzeige und der Haftbefehl durch einen Bericht im Focus öffentlich. Hoeneß erklärte, im Januar 2013 Selbstanzeige wegen eines Kontos in der Schweiz eingereicht zu haben.[2] Medien und Öffentlichkeit stürzten sich auf die »Causa Hoeneß«. Newsticker, Sondersendungen und Talkshows widmen sich auch heute noch dem Thema. Die Diskussion um Steuergerechtigkeit, ausgelöst durch den Ankauf sogenannter Steuer-CDs durch mehrere Bundesländer, das von der Schwarz/Gelben Koalition angestrebte Steuer-Abkommen mit der Schweiz und nicht zuletzt Offshore Leaks[3], flammen auf. Die Politik mischte auch schon damals mit, schließlich war Wahlkampf. So gab der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) zu, schon seit Januar von dem Verfahren gegen Hoeneß gewusst zu haben, sich aber weiter nicht äußern zu wollen. Florian Pronold (SPD) ließ verlauten: »Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr.«

Plädoyer

Es herrscht Einigkeit darüber, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt mehr ist, es vielleicht nie war. Uneinigkeit herrscht hingegen darüber, wie man mit Steuerhinterziehung und Steuerhinterziehern umgehen soll. Fakt ist, Steuerhinterziehung in Millionenhöhe ist ein Klientelverbrechen. Max Mustermann müsste für Bruchteile solcher exorbitanten Summen ein Leben lang arbeiten, während die oberen Zehntausend mit ihrem Vermögen in der Schweiz Monopoly spielen. Nicht zuletzt aus diesem Grund stand damals das Steuerabkommen mit der Schweiz in der Kritik, es mache es den Schuldigen zu einfach, ungeschoren davon zu kommen. Zu Recht.

Ein weiteres Element des deutschen Steuerrechts ist bis heute Gegenstand kontroverser Diskussionen: die Selbstanzeige. § 371 des deutschen Steuerstrafrechts besagt: Wer gegenüber der Finanzbehörde zu allen unverjährten Steuerstraftaten einer Steuerart in vollem Umfang die unrichtigen Angaben berichtigt, die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt, wird wegen dieser Steuerstraftaten nicht nach § 370 bestraft.[4] Viele denken, dieses Element des deutschen Strafrechts sei schlichtweg ungerecht, in Wahrheit ist es etwas komplizierter. Zwar wird der Beschuldigte nicht strafrechtlich belangt, muss aber dennoch alle Schulden beim Fiskus inklusive Zinsen nachzahlen. Ein fader Beigeschmack bleibt, denn es weckt den Anschein, man könne sich frei kaufen. »Die strafbefreiende Selbstanzeige stellt damit ein Instrument zur rechtlichen Privilegierung bereits privilegierter Menschen dar«[5]

Obwohl das Steuer-Abkommen mit der Schweiz mittlerweile im Bundesrat durch eine Rot/Grüne Mehrheit blockiert wurde, geht das großen Teilen der Bevölkerung nicht weit genug, sie fordern weiterhin die Abschaffung der Selbstanzeige. Dem kam die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD kürzlich entgegen und verabschiedete Änderungen am Steuerrecht: Danach soll der Berichtigungszeitraum eines Steuerhinterziehers für alle Fälle der Steuerhinterziehung auf zehn Jahre ausgeweitet werden. In Fällen einfacher Steuerhinterziehung waren es bisher nur fünf Jahre. Die Strafverfolgungsverjährung soll auch bei einfacher Steuerhinterziehung von fünf auf zehn Jahre angehoben werden. Der Strafzuschlag (Aufschlag auf die Steuerschuld) soll ab einem Hinterziehungsvolumen von 50.000 Euro von bislang fünf auf zehn Prozent erhöht werden.[6]

Der Antrag der Linksfraktion im Bundestag zur Abschaffung des Instruments der Selbstanzeige wurde sowohl von der Regierung aus CDU/CSU & SPD, als auch von Bündnis90 Die Grünen abgelehnt. Von jenen Politikern die sich zu Beginn der Steueraffäre um Uli Hoeneß klar positionierten, oder im Falle der Kanzlerin und des bayrischen Ministerpräsidenten es lieber vorzogen sich vorerst nicht zu äußern.

Ulrich Hoeneß hingegen äußerte sich (zu seinem Urteil): »Nach Gesprächen mit meiner Familie habe ich mich entschlossen, das Urteil des Landgerichts München II in meiner Steuerangelegenheit anzunehmen. Ich habe meine Anwälte beauftragt, nicht dagegen in Revision zu gehen. Das entspricht meinem Verständnis von Anstand, Haltung und persönlicher Verantwortung. Steuerhinterziehung war der Fehler meines Lebens. Den Konsequenzen dieses Fehlers stelle ich mich«.

Die Reaktionen aus seinem Umfeld waren nicht überraschend. So zum Beispiel belehrte der Kaiser, Franz Beckenbauer, die Deutschen schon vor Prozessbeginn, dass jeder eine zweite Chance verdiene, ja sogar die katholische Kirche würde dies gewähren also warum nicht auch die Öffentlichkeit und das Gericht? Horst Seehofer hält Hoeneß für einen Mensch mit Format. Der Aufsichtsrat der Bayern München AG spricht von großer Hochachtung, die Generalsekretärin der SPD, Yasmin Fahimi, erklärte, dass Hoeneß damit auch Einsicht in seine Schuld zeige. Ja sogar die Kanzlerin lässt mitteilen, sie habe Respekt vor der Entscheidung, die Herr Hoeneß heute in seiner persönlichen Erklärung ausgedrückt hat.[7]

Urteil

Nach dem Urteil folgt die Absolution. Uli Hoeneß erklärt sich selbst zum Märtyrer, die Menge nimmt es dankend an, denn er opfert sich für die Sünden des kleinen Mannes. Eines jeden der schon mal einen Handwerker oder eine Putzfrau schwarz beschäftigt hat. Es wirkt beinahe so als würde er nicht wegen 28,5 Millionen Euro hinterzogener Steuern ins Gefängnis gehen müssen, sondern weil er sich freiwillig dazu entschieden hätte, quasi aus einer großzügigen Laune heraus. Wie schon bei der Jahreshauptversammlung des FC Bayern München badet Uli Hoeneß in Selbstmitleid, nur sind es dieses mal nicht die Fans die jubeln sondern unsere Politiker. Fakt ist, die Chancen auf einen Freispruch oder Bewährung in nächster Instanz wären relativ gering gewesen. Umstände die sich Hoeneß nur selbst zur Last legen kann. Betrachtet man die Chronologie dieser Affäre, so zeichnet sie ein unschönes Bild. Ein Bild von einem der einflussreichsten Sportfunktionäre Deutschlands, der in der Vergangenheit gerne von Moral und Anstand sprach, sich in der Schweiz verspekulierte, mit dem Steuerabkommen auf das falsche Pferd setzte, die Justiz nicht ernst nahm und plötzlich mit vielem überfordert war. Andere Schlüsse lässt sein Verhalten eigentlich nicht zu, die hastige Selbstanzeige, das Beharren auf seinen Posten beim FC Bayern München, sein Geständnis am ersten Verhandlungstag oder das beiläufige Nachreichen von ca. 700.000 Steuerunterlagen. Kaum verwunderlich das die Summe von 28,5 Millionen Euro nur geschätzt ist.

Für Staunen sorgte nur noch die Staatsanwaltschaft, die überraschend bekannt gab, auch auf das Rechtsmittel der Revision zu verzichten; hatte sie doch 5 Jahre Freiheitsentzug gefordert. Das Gericht blieb mit 3,5 Jahren deutlich darunter. All dies wirft Fragen auf, nach einem Prozess der trotz seiner erstaunlichen Kürze (4 Verhandlungstage) für Deutschland so wichtig sein könnte. Woher kommt das Geld mit dem Hoeneß spekulierte? Können die Zahlen der Steuerfahnder überhaupt korrekt sein, wenn sich die hinterzogene Summe nach dem Geständnis verfünffacht? Wie konnte das Gericht in nur einer Nacht 700.000 Unterlagen durchsehen? Warum wurde der Prozess nicht vertagt um alle Unterlagen sorgfältig zu prüfen? Gab es eine Absprache zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft auf gegenseitigen Revisionsverzicht?

Wie auch immer die Antworten auf diese Fragen sein mögen, der Fall Hoeneß hat Deutschland bereits jetzt verändert. Die Zahl der Selbstanzeigen ist in den letzten Monaten rasant gestiegen und wird weiter steigen. Steuerflucht und Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, es ist Betrug an allen Mitgliedern dieser Gesellschaft. Weite Teile der Bevölkerung glauben, Uli Hoeneß hätte diesem Betrug ein Gesicht gegeben und sei nun Synonym für Zockerei und Habgier. Die Antwort von Politik und Justiz kann nur

darin bestehen die Gesetze zu ändern, Steuersünder härter zu bestrafen, die Selbstanzeige abzuschaffen, Steuerflucht zum Beispiel durch die Bindung von Steuerpflicht an Staatsbürgerschaft zu verhindern und Steueroasen auszutrocknen damit alle ihren gerechten Anteil für das Wohl der Gesellschaft leisten. Der Ankauf von Steuer CDs muss weitergehen um den Druck auf Straftäter konstant zu halten, unbesetzte Stellen in den Finanzämtern müssen endlich besetzt werden.

Die Gesellschaft darf solche Vergehen nicht mehr tolerieren.

» *Julian von Mach studiert Geschichtswissenschaft und Kunstgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 6. Semester.*

Fußnoten

1) http://www.stern.de/sport/fussball/geheimes-fussballkonto-in-der-schweiz-spitzenvertreter-der-bundesliga-bunkerte-halbe-milliarde-1955286.html
2) http://www.focus.de/sport/fussball/fussball-steuerermittlungen-gegen-hoeness-nach-selbstanzeige _ aid _ 966240.html
3) http://de.wikipedia.org/wiki/Offshore-Leaks
4) http://www.gesetze-im-internet.de/ao _ 1977/ _ _ 371.html
5) Auszug Antrag der Linksfraktion im Bundestag zur Abschaffung der Selbstanzeige.
6) https://www.bundestag.de/presse/hib/2014 _ 04/2014 _ 171/01.html
7) http://www.spiegel.de/sport/fussball/uli-hoeness-viel-respekt-fuer-verzicht-auf-revision-a-958665.html



Keiner hat den Überblick

Oder: Warum Medienkritik keine Verschwörungstheorie ist. Marcel Overrödder über eine Gesellschaft, die vor neuen Problemen steht.

Ein Kommentar von Marcel Overrödder

Bald liegt die Erfindung der Buchpresse schon 600 Jahre zurück. Generationen kamen und gingen, bevor königliche Deutungshoheit erodieren, französische Revolutionäre sich trauen und Kant den geneigten Leser aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit holen würden. Die demokratischen Diskurse der Aufklärung, derer wir uns heute im Studium und in der politischen Öffentlichkeit bedienen, waren zwangsläufig elitäre Projekte, wie sie heute in ihrer sozialen Geschlossenheit und medialen, informationellen Beschränktheit wohl selten geworden sind. Die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, sowie ein zuverlässiges Einkommen und Zugang zu Bibliotheken und Gelehrten waren selten, ihre Koinzidenzen noch seltener. Weltgewandtheit und Wissenschaftlichkeit waren merkwürdige Vokabeln in einer Welt, in der keine Mediatisierung ihre Wirkung entfaltete.

Eine nahezu surreale Vorstellung für uns heutige Studenten, die wir uns vermutlich als erste Kinder einer Wissens- und Informationsgesellschaft wähnen können. Jeder Grundschüler mit Fernsehanschluss daheim hat vermutlich breitere Horizonte erwerben können als ganze frühindustrielle Dorfgemeinschaften in ihren ganzen Biographien. Bevor Telegraph, Telefon, Television, Postdampfer und -Flugzeuge, Pressefreiheit, et cetera das 20. Jahrhundert unter anderem zu einem Jahrhundert exponentiellen Wachstums der Informationsdichte machten, verliefen also die Prozesse in Gesellschaften nach ganz anderen, erprobteren Regeln.

Es ist wohl eine Binsenweisheit, aber die Globalisierungen von Gütern wie Informationen beschleunigten gesellschaftliche Prozesse enorm. Säkularisierung und Demokratisierung schritten fort, mit ihnen auch die Sensibilisierung einer wachsenden Zahl an Bürgern (und zeitversetzt dann endlich der Bürgerinnen) für Selbstwirksamkeit, Gleichheit und demokratische Mitwirkung. In der absoluten Vernunft, die Hegel als Geist der Geschichte identifizierte, sahen weltgewandte Kräfte einen vermeintlich vernünftigen Fortschrittsautomatismus begründet, und sie wurden für lange Zeit nicht widerlegt.

Sind wir nicht schon lange überfordert?

Nun muss man nicht aufwändig Zeitstrahlen malen, um festzustellen, in welch eine unerprobte, historisch einzigartige, rasend schnell wachsende und intellektuell überfordernde Epoche die letzten Generationen hineingeboren worden sind. Die Bedingungen haben sich umgekehrt – aus permanenter informationeller Unbestimmtheit ist man innerhalb einer Minute Menschheitsgeschichte in den Informationsüberfluss gerutscht. Vom rauen Überlebenskampf ins Anthropozän. Aus Feudalgesellschaft und Subsistenzwirtschaft sind heute Wohlstands- und Wissensgesellschaft, Vereinte Nationen und Menschenrechte, aber auch Hochfrequenzhandel, Werbeindustrie, Sozialwissenschaften, Überbevölkerung, Klimawandel und die Übernutzung der mineralischen Grundlagen unserer Industrien und viele andere Symbole menschlicher Zivilisation hervorgegangen.

Was aber eine wichtige Frage aufwirft: Die Aufklärung konnte zwar auf den oben genannten verbesserten kommunikativen Bedingungen aufbauen und dadurch Zäsuren im Denken und Handeln einer kritischen Masse von Menschen herbeiführen, die die Welt dann nachhaltig zum Besseren beeinflussen - aber sind moderne Öffentlichkeiten und Gesellschaften überhaupt noch fähig, die richtigen Fragen zu stellen, gemeinsame Antworten zu finden und Lösungen tatsächlich zu verfolgen? Funktionieren die vernünftigen Automatismen noch in Gesellschaften, deren Wege der Wahrheitsfindung von der Wissenschaft immer besser verstanden und von Öffentlichkeitsarbeitern immer geschickter manipuliert werden?

Sind das nur noch Reflexe?

Die Summe dieser Rahmenbedingungen maßgeblicher Öffentlichkeiten gibt genug Anlass zu befürchten, dass das Ende der progressiven Geschichte erreicht sein könnte und feudalistische, oligarchische Verhältnisse zurückzukehren drohen. Die Mehrheiten in unseren vermeintlichen Wissensgesellschaften stellen heute Bürger in wohlstandsgesättigten Sphären, die nicht in macht- und herrschaftserfahrene Umfelder geboren werden. Aber gerade jene Bürger müssten, um heute den selben Einfluss auszuüben wie in früheren Demokratien, ein vielfaches an Lebenszeit aufbringen, um ihren persönlichen Erkenntnisprozess ausgehend vom Nullpunkt der Menschen-, Welt- und Geschichtskenntnis zu beginnen, sich zunehmender Beschallung durch Werbung, gute Unterhaltungs- und schlechte Informationsmedien zu erwehren und damit den massiven Komplexitätsanstieg zu bewältigen.

Andersherum in eher privilegierten Umfeldern: Es wurden riesige Bibliotheken mit Erkenntnissen über die Funktionsweisen des Geistes, die der öffentlichen Meinung, die der Gesellschaften und Kulturen, über Rhetorik, Spindoctoring, Verwaltung, Professionalisierung und andere Werkzeuge zum Management von Macht und Herrschaft gefüllt. Eine unablässig wachsende Beraterindustrie gibt noch dem inkompetentesten Entscheider die Chance, sich nicht doch noch durch die eigene Einfalt oder Weltfremdheit zu diskreditieren und somit am Hebel zu halten.

Wenn professionelle Diskursteilnehmer immer gezielter Interessen vertreten und eine falsch verstandene Idee von Professionalität Entscheider dazu verleitet, sich eines konstruktivistischen Begriffs von Erfolg zu verschreiben, der die Außenwirkung mit dem Fortschritt in der Sache verwechselt, sollte uns das auf eine wichtige weitere Feststellung stoßen: Große Richtungsentscheidungen, gehören vermutlich der Vergangenheit an. Es gibt keine organisierte Menschheit, kein »Department of Seeing Shit Coming«. Vermutlich war der Fortschrittsnarrativ tatsächlich die letzte große Erzählung einer Masse von Menschen, die ihre Befreiung und Selbstbestimmung auf kollektiv vereinbartem Wege erreichen wollten.

Heute gibt es wieder abgehängtes Prekariat und den digital divide – die Bildungsexpansion, die Abschottung der Lebens- und der Medienwelten und sich allmählich der aufmerksamkeitsökonomischen Anspruchs- und Verantwortungslosigkeit hingebende Massenmedien haben die Distanz von informierten und uninformierten Schichten vervielfacht, und die Ausläufer dieser beunruhigenden Entwicklungen spüren wir bereits heute.

Montagsdemos – Alles Skeptiker?

Aktuell jedoch lohnt sich vor allem ein Blick auf die Arbeit von Nachrichtendiensten. Da haben sich in der Vergangenheit nun auch die westlichen Nachrichtendienste gezielt an der Wahrheitsfindung ganzer Gesellschaften vergangen. Wenn Geheimdienste demokratischer Staaten Handbücher zur Zersetzung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen in ihren Aktenschränken führen (GCHQ), peinliches Kompromat gegen Politiker, Aktivisten und potenzielle Terroristen sammeln und archivieren (NSA, CIA), Kriegsgründe fingieren und sog. »Verschwörungstheoretiker«, die zu glaubwürdig werden, gezielt mit hanebüchenen Theorien in Verbindung bringen (GCHQ, CIA) – Dann muss hinterfragt werden dürfen, ob »die Wahrheit« heutzutage nicht doch unter die Räder geraten könnte, und ob menschliche Zivilisation wirklich eine Einbahnstraße ist.

In einer solchen Zeit bleibt es jedem frei, sich der an ihn herangetragenen Informationen skeptisch zu verweigern – diese Beobachtungen decken sich wohl mit den Erfahrungen vieler heutiger Bürger, die sich dem Spin der symptomatisch-kurzatmigen Ukraine-Berichterstattung verweigern und nach den Grautönen, auch im hypothetisch-verschwörungstheoretischen suchen. Diese Bürger sind überwiegend keine Esoteriker und Nazis, sondern sie sehen mehr als nur die subtilen Tendenzen der Berichterstattung. Gerade diese Bürger dürfen nicht aus unseren Demokratien ausgeschlossen werden, indem ihre Perspektive medial nicht mehr stattfinden darf. Nein, diese Bürger wissen genau um die miesen Rahmenbedingungen, die für die Wahrheit heute herrschen und haben sich darum eine vernünftige, den Umständen der Zeit angemessene Flexibilität und Skepsis angewöhnt.

» *Marcel Overrödder studiert Politik und Gesellschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 6. Semester. Zudem ist er Mitglied bei attac. Er bloggt und schreibt über Erkenntnistheoretisches, Medienwandel, Netzpolitik sowie weitere Metaperspektiven.*

Philosophie



»Thinkers«
Foto: CC BY-SA 2.0; Martin Fisch



Gott – Eine Schöpfung des Menschen

Der Glaube an Gott fasziniert die Menschheit seit Tausenden von Jahren. Immer wieder kamen Diskurse über das Für und Wider eines Gottes auf. Aron Schwertner sagt: »Ohne einen Gott ist Glaube plausibler zu erklären!«

Eine Analyse von Aron Schwertner

Der Glaube an etwas Übernatürliches scheint so alt wie die Menschheit selbst zu sein. Die großen Kulturen der Menschheitsgeschichte besaßen alle einen Begriff des Göttlichen. Doch macht es überhaupt noch Sinn an einen Gott zu glauben? Und ist der Glaube selbst nicht viel plausibler ohne die Existenz eines Gottes zu erklären?

Meine These ist, dass Gott nur in der menschlichen Vorstellung existiert, ihm also keine wirkliche Existenz zukommt. Im Folgenden möchte ich einige der vielen Argumente vorstellen, welche für diese atheistische Position sprechen. Dabei beziehe ich mich vor allen Dingen auf den christlichen Glauben. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass alle Argumente auch auf andere monotheistische Positionen übertragbar sind.

Zu Beginn stellt sich die Frage: Was verstehen wir eigentlich unter »Gott«? Und in welchem Verhältnis steht dieser Gott zu den Menschen? Mit dem Begriff »Gott« meinen wir in der Regel ein metaphysisches Wesen, welchem besondere Eigenschaften und Fähigkeiten zugesprochen werden. Er charakterisiert sich durch Attribute, wie z.B. Allmächtigkeit, Allwissenheit oder Güte. Liest man in der heiligen Schrift, so scheint im Fokus seines Handelns immer der Mensch zu liegen. Die Welt und das Paradies wird mit Blick auf den Menschen erschaffen. Der Mensch selbst wird als Abbild Gottes, also als Krone der Schöpfung, dargestellt. Es ist plausibel, dass Menschen die davon überzeugt sind im Mittelpunkt des Universums zu stehen auch davon ausgehen, dass die Erde im Mittelpunkt des Universums liegen muss.

Kopernikus und Darwin

Diese naive Vorstellung wurde durch die Kopernikanische Wende und den Darwinismus zerstört. Die Erde liegt nicht im Mittelpunkt des Universums, sondern ist nur einer unter vielen Planten, die um die Sonne rotieren. Der Mensch ist nicht die Krone der Schöpfung beziehungsweise ein Abbild Gottes, sondern eine vom Affen abstammende Spezies. Mit diesen einschneidenden wissenschaftlichen Erkenntnissen beginnt sich die Religion aus den Erklärungsversuchen für den Aufbau und das Funktionieren der Welt zurückzuziehen. Heute ist die Religion in dieser Hinsicht von den Naturwissenschaften abgelöst worden, da diese plausiblere Erklärungen liefern und sich durch technische Entwicklungen bestätigt haben. Es stellt sich also zunächst die Frage: Warum sollten wir an eine Religion glauben, die in Bezug auf den Aufbau und das Funktionieren der Welt abgelöst wurde? Natürlich hat die Theologie versucht dieses Problem zu lösen, indem sie behauptet, man müsste die Bibel an den entscheidenden Stellen nicht wörtlich, sondern metaphorisch verstehen. Diese Strategie stellt allerdings eher eine Notlösung dar, die mit allen Mitteln versucht einer Widerlegung der Heiligen Schrift zu entgehen, als eine zufriedenstellende Erklärung.

Das Theodizee-Problem

Eine weitere Konsequenz aus den Erkenntnissen der Kopernikanischen Wende und des Darwinismus ist, dass das ursprüngliche Weltbild, in dem der Mensch den Dreh- und Angelpunkt der Welt darstellt, nicht zutrifft. Dieser Zweifel am ursprünglichen Weltbild führt nun auch dazu, dass Gott auf moralischer Ebene und als Hoffnungsträger der Menschen in Frage gestellt wird.

Ein klassisches Problem auf der moralischen Ebene verbirgt sich hinter dem »Theodizee-Problem«. Es ist die Frage nach dem »Warum« des Leidens, die hierbei problematisiert wird. Nach christlicher Vorstellung zeichnet sich Gott durch die Attribute »Allmächtigkeit« und »Güte« aus. Aufgrund seiner Güte sollte er die Leiden des Menschen verhindern wollen. Durch seine Allmächtigkeit sollte er auch die Fähigkeit dazu besitzen. Ein Blick in die Realität, auf Hungersnöte, Kriege, Naturkatastrophen oder persönliche Leidensgeschichten, macht deutlich, dass Leid einen großen Platz in unserer Welt besitzt. Dieses Faktum ist mit den Eigenschaften Gottes nicht vereinbar. Der Glaube an einen allmächtigen und gütigen Gott und die Tatsache, dass es Übel in der Welt gibt, sind nicht widerspruchsfrei zu denken. Da es unmöglich ist die Übel in der Welt zu leugnen, muss also die Existenz Gottes hinterfragt werden.

Religion und Dogmatismus

Dies bringt uns zu der Frage: Wie der Glaube an die Existenz Gottes im Christentum gerechtfertigt wird beziehungsweise wie der Anspruch auf Wahrheit begründet wird? Die Antwort ist ernüchternd. Der christliche Glaube, sowie alle anderen monotheistischen Positionen liefern keine Begründung für ihren Anspruch auf Wahrheit. Sie beruhen letztlich auf dem Dogma, dass Gott existiert. Ein Christ stellt den christlichen Gott nicht in Frage. Ein Moslem stellt Allah nicht in Frage. Denn ein Gläubiger glaubt und sollte seine Religion nicht hinterfragen. Dies scheint Bedingung der Möglichkeit von Religion zu sein. Der Anspruch auf Wahrheit wird im Endeffekt mit der Behauptung von Wahrheit legitimiert.

Im Zusammenhang mit der Wahrheit von Religionen kann ein weiteres Argument vorgebracht werden, dass aus der ungeheuren Vielzahl der, sich gegenseitig widersprechenden, ja zum Teil sogar sich selbst widersprechenden, Religionen gezogen werden kann.

Nehmen wir einmal an, es gäbe eine wahre Religion. Rein logisch heißt dies im Umkehrschluss, dass alle anderen Religionen falsch sein müssen. Die verschiedenen Glaubensrichtungen liefern keine Begründung, aufgrund welcher wir entscheiden könnten welche Religion wahr ist, da sie letztlich immer auf Dogmen beruhen. Die wahre Religion zu wählen scheint, vor dem Hintergrund der Vielzahl von Religionen, unmöglich. Außerdem entsteht ein Erklärungsbedarf für die einzelnen Religionen. Denn, wie kann es überhaupt im Sinne eines Gottes sein, der sich den Menschen offenbart hat, dass es mehrere Religionen gibt und nicht alle Menschen an ihn glauben?

Gott als Konstrukt

Wie wir sehen, ist der Glaube an einen Gott mit erheblichen Widersprüchen und Problemen konfrontiert und bringt die Religion in große Erklärungsnot. Darum bin ich davon überzeugt, dass sich in der Religion die Selbstüberheblichkeit des Menschen wiederspiegelt. Der Glaube an einen Gott, der seine schützende Hand über jeden von uns hält, der unsere Gebete erhört und der uns einen Ort geschaffen hat für ein Leben nach dem Tod. Kurz gesagt der Glaube des Menschen, dass er allein im Mittelpunkt des göttlichen Handelns steht, kann nur als eine Wunschvorstellung, als ein bloßes menschliches Konstrukt diagnostiziert werden. Damit dreht sich das Verhältnis zwischen Gott und Mensch um. Es ist nun nicht mehr Gott, der den Menschen erschaffen hat, sondern der Mensch, der seinen Gott erschaffen hat. Durch die Verhältnisänderung werden die Widersprüche und Probleme der Religionen verständlich, da die Religionen auf menschlicher Fehlbarkeit basieren. Auch die Vielzahl der Religionen kann vor diesem Hintergrund angemessen erklärt werden, da die verschiedenen Kulturen ihre eigenen Göttervorstellungen konstruiert haben.

Viele Menschen geben den Glauben an einen Gott trotz der Gegenargumente nicht auf, da er für sie Hoffnung und einen höheren Sinn symbolisiert. Dieser Wunsch nach Hoffnung und Sinn führt zu einem blinden Glauben. Denn wenn wir einer rationalen Untersuchung und dem Schluss auf die beste Erklärung folgen, enden wir in der Überzeugung, dass Gott nichts weiter ist als eine Schöpfung des Menschen.

» *Aron Schwertner studiert Philosophie sowie Psychologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 4. Semester.*



Was würde eigentlich... John Rawls sagen?

Jean-Jacques Rousseau, Thomas Hobbes und Adam Smith gelten vielen Geisteswissenschaften mittlerweile als völlig überholt. Doch ein anderer Gesellschaftstheoretiker – John Rawls – machte mit neuen Gedanken zu Gerechtigkeit auf sich aufmerksam.

Ein Kommentar von Nadia Siebigteroth

Politisches Denken im 19. und 20. Jahrhundert, so hieß das Proseminar. Leider klingt das spannender, als es letztendlich war. Viele Klassiker, wenig Neues. Dementsprechend motiviert saß ich – unvorbereitet – in der letzten Stunde und schielte auf das Blatt meines, wesentlich besser vorbereiteten, Nachbarn. John Rawls. Unbekannter Name und erst seit kurzem tot. Meine Neugier war geweckt.

Was folgen sollte, warf meine Pläne um, meine Hausarbeit zu irgendeinem, wahrscheinlich millionenfach behandelten Thema zu schreiben. John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit faszinierte mich.

Um vorne anzufangen: Wenn wir in Deutschland Liberalismus hören, dann lachen wir uns ins Fäustchen, weil die FDP aus dem Bundestag geflogen ist. Dabei ist Liberalismus eigentlich eine gute Sache, grade wenn er egalitär gedacht wird, so wie Rawls das tat. John Rawls Theorie beginnt, wie viele andere, im Naturzustand, und es gibt, wie bei vielen anderen, einen Gesellschaftsvertrag.

Kontraktualismus

Wem jetzt als erstes seine Zweifel an dieser Theorie des Gesellschaftsvertrags, dem Kontraktualismus in den Kopf schießen, hat meine volle Sympathie. Auch ich betrachte diese sehr theoretische, ja utopische Herangehensweise kritisch. Rawls sucht jedoch keine Herrschaftslegitimierung, sondern versucht einen Gerechtigkeitsbegriff zu etablieren, von dem er annimmt, dass alle Teile der Gesellschaft zustimmen würden. Er erkennt den Menschen also als rational denkendes Individuum an. Ein Mensch muss nur das als »eine rechtmäßige Freiheitseinschränkung seines Handelns«[1] anerkennen, was er als solches selbst zulässt, anerkennt und respektiert. Die Regelungen des Gesellschaftsvertrags, die das konfliktfreie Zusammenleben garantieren sollen, dürfen nicht auf Verhandlungsbasis entstehen, um einem Kompromisscharakter vorzubeugen.[2] Die Idee ist, einen Gesellschaftsvertrag zu etablieren, der sozioökonomische ungerechte Ungleichverteilungen und Machtverhältnisse aushebelt und damit der Gesellschaft eine Basis zu schaffen, die das Zusammenleben regelt. Für Rawls ist hier der einzige Weg der Kontraktualismus. Was unterscheidet Rawls nun von den anderen? Warum hat er für mich diese revolutionierend anmutende Faszination?

Der Schleier des Nichtwissens – the veil of ignorance

Rawls sucht neben der weitreichendsten Freiheit für das Individuum vor allem eins: Gerechtigkeit. Deshalb bedient er sich eines einfachen, aber wirkungsvollen Mittels: der Unwissenheit. Der »veil of ignorance« (Schleier des Nicht-Wissens) verhindert, dass der Einzelne von seiner eigenen Position in der Gesellschaft ausgeht. Niemand weiß, welches Los er am Ende ziehen wird. Bei der Entscheidung über den Gesellschaftsverlag sind alle gleich. Das macht ihn als Grundlage des Zusammenlebens absolut unstrittig, denn wenn »niemand seine Stellung in der Gesellschaft kennt, seine Klasse oder seinen Status, ebensowenig sein Los bei der Verteilung natürlicher Gaben wie Intelligenz oder Körperkraft«[3], wird jeder versuchen ein möglichst faires System zu errichten, da er damit rechnen muss, nach dem Lüften des Schleiers des Nichtwissens die schlechteste Position der Gesellschaft inne zu haben, wovon nach Rawls auch jeder bei seiner Entscheidung ausgehen wird. Darauf basierend entwirft Rawls folgenden Gedankengang. Da es nicht nur um freiheitliche Grundrechte, soziale oder biologische Voraussetzungen, sondern auch um wirtschaftliche Grundgüter geht, würde jeder Betroffene zustimmen, dass eine Verteilung, die auch dem Schlechtestgestellten alle Möglichkeiten eröffnet, gerecht sei.

Nur eine weitere Marxauslegung?

Für jene, die jetzt an eine vollkommen egalitäre Verteilung denken, bleibt nun die Frage: Ist eine totale Gleichverteilung noch fair, wenn doch manche mehr Glück hatten und intelligenter sind, dadurch verantwortungsvollere Arbeiten übernehmen oder andere physisch kräftiger und deshalb körperlich härtere Arbeiten verrichten? In der gelebten Realität nicht mehr, so Rawls, weshalb er gegen eine egalitäre Verteilung von materiellen Gütern argumentiert. Er erkennt an, dass eine Ungleichverteilung fair sein kann, solange sie sich zum Vorteil aller auswirkt.[4] So müssten die, die mehr erwirtschaften können, auch einen gewissen Teil abgeben, an jene, die weniger leisten können. So versucht Rawls, Chancengleichheit und die Möglichkeit der Teilnahme für alle Teile der Gesellschaft zu ermöglichen. Das Individuum in Rawls' hypothetischem Naturzustand der Unwissenheit ist selbstinteressiert und -fokussiert, wodurch Neid und ähnliche Gefühle, die sich auf andere beziehen könnten, vermieden werden. Die wichtigste Eigenschaft besteht im Sein als Mensch mit moralischem Empfinden und einem »wirksamen Gerechtigkeitssinn«[5]. Das bedeutet, dass der Mensch grade genug weiss, um gerechtigkeitsbasierte Entscheidungen zu treffen, ohne innerhalb dieser schon an deren Ausprägung in der späteren Umsetzung zu denken.

Natürlich bleibt dies eine Theorie, die keine Realisierung erleben wird. Es sind nicht nur Kritiker des Kontraktualismus, die in Rawls Angriffspunkte finden werden. Allerdings lassen sich viele Argumente, wie beispielsweise die Möglichkeit der Risikobereitschaft Einzelner, durch das Nichtwissen wegdiskutieren. Wer sich näher mit Rawls befasst, erkennt, dass der Schleier des Nicht-Wissens alles umschließt, außer wenigem für die Entscheidung notwendigem Wissen um die Strukturen einer Gesellschaft.

Und wir?

Bleibt die Frage, was Ralws sagen würde, wenn er uns heute sehen würde. Wäre das Bafög in seinen Augen fair? Wie würde er die Diskussion über die Höhe von Hartz IV-Sätzen bewerten? Gäbe es unter einem Schleier des Nicht-Wissens Rassismus und Intoleranz?

Aber relativ sicher können wir in einigen Punkten sein, egal was wir über Rawls Gerechtigkeitstheorie sagen mögen: wenn wir Gefahr laufen würden, in Deutschland als alleinerziehendes Elternteil oder Kind von Eltern mit Hartz IV leben zu müssen – und täten das vor allem jene, die für diese Menschen etwas ändern könnten – würden Entscheidungen vielleicht anders fallen und wir wären einen Schritt näher dran an Gerechtigkeit. Und egal, wer sie wie definiert – nötig hätten wir sie alle.

» *Nadia Siebigteroth studiert Politikwissenschaft sowie Lateinamerika- und Altamerikastudien im Zweifach-Bachelor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im 4. Semester. Zudem verbrachte sie zwei Semester an der PUCP-Universität in Lima, Peru.*

Fußnoten

1) Vgl. Kersting, Wolfgang: Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags, Darmstadt 1994, S. 264.
2) Vgl. Ebd. S. 270.
3) Rawls, John: Theorie der Gerechtigkeit, Berlin 1998, S. 29.
4) Kersting 2006, S. 27ff.
5) Rawls 1998, S. 572f.

Impressum

dispositio & opinio

» Herausgegeben von
Julius Lübbersmann und Hendrik Erz

» V.i.S.d.P. *nach §9 (Landespressegesetz NRW) sind die Herausgeber Julius Lübbersmann und Hendrik Erz.*

» Hendrik Erz
Herausgeber
Johannesstr. 14
53225 Bonn
hendrik.erz@dispositio-opinio.de

» Julius Lübbersmann
Herausgeber
Brüdergasse 9
53111 Bonn
julius.luebbersmann@dispositio-opinio.de

» Copyright-Nachweise der Fotographien:

Cover: *Privat / Hendrik Erz (CC BY-NC-SA 4.0)*
Seite 4 f: *Flickr.com / Marcin Polak (CC BY 2.0)*
Seite 16 f: *Privat / Hendrik Erz (CC BY-NC-SA 4.0)*
Seite 26 f: *Flickr.com / Chris Zielecki (CC BY-NC-SA 2.0)*
Seite 40 f: *Flickr.com / Martin Fisch (CC BY-SA 2.0)*

Alle weiteren Bilder sind Miniaturen der oben nachgewiesenen Abbildungen.

Sämtliche Autorenfotos sind privat und wurden mit Erlaubnis der Autoren abgedruckt.

» *dispositio & opinio stellt eine Verbreitungsplattform für Meinungen und einen öffentlichen Diskurs dar. Die Herausgeber distanzieren sich ausdrücklich von allen in dieser Zeitschrift veröffentlichten Inhalten. Alle Autoren sind jeweils nur für ihre eigenen Artikel verantwortlich. Die Artikel spiegeln lediglich die Meinungen der jeweiligen Autoren wider.*

Die nächste Ausgabe

Die nächste Ausgabe von dispositio & opinio wird im Sommer 2014 erscheinen. Wann genau, werden wir euch über unsere Internetpräsenzen bekannt geben. Für die Ausgabe sucht die Redaktion bereits jetzt fleißige Autorinnen und Autoren, die ihre Meinung kundtun möchten und die Leser informieren wollen.

In der Zwischenzeit: Besucht uns auf unserer Facebook-Seite, durchstöbert unsere Internetpräsenz und sucht euch Artikel aus dieser Ausgabe, auf welche ihr antworten wollt, oder schreibt über neue Themen. Alles, was ihr dazu braucht, findet ihr auf unserer Internetseite www.dispositio-opinio.de. Wir wünschen euch ein schönes Sommersemester 2014 — bis zur nächsten Ausgabe!

dispositio & opinio
Ausgabe 01/2014

Erscheinungsdatum: 21.05.2014
Auflage: digital

DOP im Web DOP auf Facebook